



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Haupt- und Finanz-
ausschusses
2021

Inhaltsverzeichnis:

| Sitzungstag: | Seite: | genehmigt am: | Bemerkungen: |
|---------------------|---------------|----------------------|------------------------|
| | | | Sitzungsleitung |
| 05.02.2021 | 3 | 10.03.2021 | Andreas Zenglein, Bgm. |
| 10.03.2021 | 10 | 21.07.2021 | Andreas Zenglein, Bgm. |
| 21.07.2021 | 22 | 20.10.2021 | Andreas Zenglein, Bgm. |
| 20.10.2021 | 29 | 16.02.2022 | Andreas Zenglein, Bgm. |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Freitag, 5. Februar 2021
Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 16:40 Uhr

Videokonferenz

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

| Sitzungsteilnehmer | Funktion | Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung |
|--------------------|----------|--|
|--------------------|----------|--|

Anwesend:

| | | |
|----------------------|--------------------|--|
| Andreas Zenglein | 1. Bürgermeister | |
| Jürgen Großmann | 2. Bürgermeister | |
| Ilse Spielmann | 3. Bürgermeisterin | |
| Ingo Adams | Gemeinderat | |
| Christian Fuchs | Gemeinderat | |
| Michael Fuchs | Gemeinderat | |
| Jürgen Goldhammer | Gemeinderat | |
| Anja Goymann | Gemeinderätin | |
| Carola Heeg | Gemeinderätin | |
| Dietmar Kempf-Blatt | Gemeinderat | |
| Beate Konrad | Gemeinderätin | |
| Steffen Kruschina | Gemeinderat | |
| Bodo Leiblein | Gemeinderat | |
| Bernhard Oppenrieder | Gemeinderat | |
| Karin Rückert | Gemeinderätin | |
| Toni Stahl | Gemeinderat | |
| Andrea Stürmer | Gemeinderätin | |

Abwesend:

| Schriftführer | | |
|----------------|--|--|
| Reiling Silvia | | |

| Verwaltung | | |
|-------------------|--|--|
| Monika Heuberger | | |
| Axel Meschenmoser | | |
| Michael Müller | | |
| Martin Volk | | |
| Thomas Wenzel | | |

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

| | |
|-----------|--|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung |
| 2. | Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift |
| 3. | Vorberatung Haushalt 2021 |
| 4. | Allgemeines |

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

2. Bgm. Jürgen Großmann eröffnet das Web-Meeting und begrüßt die teilnehmenden Ausschussmitglieder, sowie die interessierten Gemeinderäte und Bürgerinnen und Bürger. Eine Präsenzsitzung kann aktuell noch nicht stattfinden, daher hat sich die Verwaltung für diese Art der Information entschieden.

Heute wird der von Kämmerer Thomas Wenzel vorbereitete Haushaltsentwurf 2021 sowie die Finanzplanung 2019-2024 vorgestellt.

Die Fraktionen werden diese Informationen beraten und entsprechende Ergänzungen, bzw. Änderungsvorschläge an die Verwaltung unterbreiten.

Bgm. Andreas Zenglein ist für den Beginn des Meetings entschuldigt und wird ab gegen 14:30 Uhr daran teilnehmen.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.11.2020 wird bei der nächsten Präsenzsitzung genehmigt.

3. Vorberatung Haushalt 2021**Sachverhalt:**

Kämmerer Thomas Wenzel gibt folgende Anmerkungen zum Haushaltsentwurf 2021:

Im vorliegenden Entwurf des **Ergebnishaushaltes** belaufen sich die ordentlichen Erträge auf 17.509.100 € (Vorjahr: 16.380.900 €) und die ordentlichen Aufwendungen auf 17.333.700 € (Vorjahr: 16.194.500 €).

Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresergebnis von 172.400 €.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 9.513.903 € (1.121,00 €/Einwohner) im Jahre 2020 auf nunmehr 8.635.045 € (1.020,57 €/Einwohner) gesunken.

Dies entspricht einer **Minderung** um **878.858 € (= - 9,24 %)**.

Ursache hierfür sind die wesentlich niedrigeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer (ca. 598.000€ gegenüber ca. 2.038.700€).

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe der Steuereinnahmen.

Im Jahr 2020 belief sich die Steuerkraft auf 8.439.852€ (994,44 €/Einw.) während im Jahr 2021 ein Betrag von 7.428.888 (878,02 €/Einw.) zu verzeichnen ist.

Daraus errechnet sich ein Minus von 1.010.964 € (11,98%).

Die Umlagekraft ist Grundlage für die Berechnung verschiedener Umlagen und Abgaben, wie z. B. der Kreisumlage.

Der Hebesatz der **Kreisumlage** beträgt 40,5%.

Die Kreisumlage verringert sich von ca. 3.853.100 € auf ca. 3.497.200 €.

Dies entspricht Minderausgaben von ca. 355.900 €.

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**.

Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 6.250.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 50.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2020. Der Ansatz basiert auf der Mitteilung des Statistischen Landesamtes.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Im Jahr 2020 betrug die Schlüsselzuweisung 1.507.600€. Im Jahr 2021 beträgt sie 2.296.600€.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** beliefen sich im Jahr 2020 auf ca. 1.460.600 €. Im Jahr 2021 ist mit niedrigeren Einnahmen zu rechnen. Die Gewerbesteuer ist deshalb mit einem Betrag von 1.100.000 € veranschlagt. Aber auch dieser Betrag wird nur zu erreichen sein, wenn keine größeren Rückzahlungen zu leisten sind.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an

der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **330.000 €** (2020: 337.000 €).

Der **Hebesatz der Gewerbesteuerumlage** beträgt 35,0%. Für die Gemeinde ergibt sich eine geschätzte Gewerbesteuerumlage i. H. v. ca. **120.400 €**.

Im Ergebnishaushalt sind Gelder in Höhe von 100.000 € für das Integrierte **Städtebauliche Entwicklungskonzept** eingestellt.

Im Rahmen der Eigenüberwachungsverordnung müssen die Kanäle in Haibach mittels einer Videobefahrung überprüft werden. Für die nächsten vier Jahre sind deshalb jeweils 65.000€ veranschlagt.

Auch die Verlegung der Glasfaserleitungen hinterlässt ihre Spuren im gemeindlichen Haushalt. Für die Überwachung der Arbeiten, die „Ergänzung“ von Asphaltierungsarbeiten usw. sind 100.000€ veranschlagt.

Auf der Investitionsseite gilt es zunächst die begonnenen Maßnahmen abzuschließen. Angemerkt sei hierzu noch, dass eine Baufertigstellung nicht gleich zu setzen ist mit dem Ende der Verwaltungsarbeiten. Nach Abschluss der Arbeiten müssen Schlussrechnungen geprüft, Bestandsunterlagen und Verwendungsnachweise erstellt werden. Diese Arbeiten binden nochmals einen erheblichen Teil der Arbeitszeiten.

Stellvertretend sind hier nur einige große Projekte aufgeführt.

Die Baukosten für die **Ortsverbindungsstraße** sind im lfd. Jahr veranschlagt mit 1.763.000 €. Hier werden Staatszuschüsse von 1.650.000 € erwartet. Hinzu kommen noch 300.000 € für den Bau des **Radweges**. Die Zuwendungen hierfür sind mit 105.000 € veranschlagt.

Für die Errichtung eines **Kinderhortes** sind im Jahr 2021 Haushaltsmittel von 700.000 € bereitgestellt. An staatlichen Zuschüssen ist ein Betrag von 335.000 € eingeplant.

In den nächsten Jahren müssen mehrere Fahrzeuge des Bauhofes systematisch erneuert werden. Diese Fahrzeuge sind mittlerweile über 10 Jahre alt und die Reparaturkosten dementsprechend hoch. Vorgesehen sind hierfür Ausgaben von 90.000 €.

Für die Feuerwehr ist die Anschaffung eines Mannschaftstransportwagens vorgesehen.

Bisher sind Abschlagszahlungen für das Fahrgestell und den Aufbau bezahlt worden. Die Restkosten belaufen sich auf ca. 27.000 €. An Zuschüssen dürfte ein Betrag von 13.100 € zu erwarten sein.

Weiterhin soll noch ein TLF 3000 gekauft werden. Die geschätzten Anschaffungskosten belaufen sich auf ca. 460.700 €, wovon im Jahr 2021 ca. 364.000 € kassenwirksam werden. Der Zuschuss beläuft sich auf voraussichtlich 73.500 €.

Die Sanierung der Schulsportanlage soll ebenfalls im Jahr 2021 erfolgen. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf ca. 296.000€. Für die Maßnahme ist ein Zuschuss von 118.000€ in Aussicht gestellt. Die Auszahlung wird allerdings frühestens im Jahr 2022 erfolgen.

Geplant sind weiterhin der Ausbau der „Aschaffenburger Straße“ (Ansatz: 890.000 €) und der der Straße „Am Wingert“ (Ansatz: 48.000 €).

Erhebliche Gelder erfordert auch die „Wasserrechtliche Erlaubnis“ für die Quelle Kirchen-Elsengrund. Hierfür sind 150.000 € veranschlagt.

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen ist mit 200.000 € veranschlagt.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist keine Kreditaufnahme vorgesehen.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob in diesem Entwurf bereits die aktuelle Situation der Firma Adler berücksichtigt ist.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass dies der Fall ist. Zu weiteren Fragen hierzu, verweist er auf das Steuergeheimnis.

In den Erläuterungen zum Investitionsplan bemerkt **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass für 2021 unter anderem für den Bauhof ein Pickup sowie ein Traktor angeschafft werden sollten. Dieser Traktor wird unter anderem auch für den Einsatz im Winterdienst benötigt.

Die weiteren Positionen werden ebenfalls ausführlich erläutert. Nach jetziger Planung wird von einer Investitionssumme von ca. 4,8 Mio EUR ausgegangen. Hierbei sind jedoch die Kosten für die Arbeiten im Kanalisationsnetz noch nicht enthalten. Diese Ergebnisse der Untersuchungen durch die Fa. SIK werden dem Gremium am kommenden Mittwoch vorgestellt. Anschließend wird nach Beratung der entsprechenden veranschlagte Kostenansatz noch eingestellt.

Für das ISEK wurden in den Jahren 2021 und 2022 Ausgaben in Höhe von jeweils 100.000 EUR veranschlagt. Hier werden in den Jahren 2021-22 entsprechende Workshops stattfinden und Planungen begonnen werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann bedankt sich bei Kämmerer Thomas Wenzel für die akribisch erstellten Unterlagen und die ausführlichen Erläuterungen hierzu.

GR Jürgen Goldhammer möchte bzgl. der Heizung im Rathaus wissen, ob hier nur der Brenner oder ein Komplettaustausch erforderlich ist.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass hier eine komplette Anlage erforderlich ist. Ein Austausch der Heizkörper wird vermutlich nicht erforderlich sein.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt zu der Position ‚Büromöbel Rathaus‘, dass er hierzu vorschlägt, die Ausstattungen der Büros im Rathaus bzgl. ergonomischer Möbel zu überprüfen. Wie verhält es sich mit den Fahrzeug-Anschaffungen für den Bauhof?

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass Verbesserungen für die Verwaltung dankend angenommen werden.

Zur Fuhrparksituation ist festzustellen, dass hier eine kontinuierliche Anschaffung erfolgen soll. Meist sind die Reparaturkosten höher und stehen in keinem Verhältnis zum Alter der Fahrzeuge. Derzeit werden Angebote für Traktoren geprüft. Auf die Schnelle wird keine Anschaffung erfolgen, obwohl der Traktor für den Winterdienst erforderlich ist.

Bezüglich der Anschaffung einer Reinigungsmaschine fragt **GR Jürgen Goldhammer**, ob diese für die Halle oder die Kegelbahn notwendig ist.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass die Maschine für die Halle benötigt wird.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass im Mai ein Antrag zur Erhöhung des Windelgeldes gestellt wurde. Ist dieser Ansatz berücksichtigt?

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass hierzu noch kein Beschluss gefasst wurde. Demzufolge kann diese Position aktuell nicht erhöht werden. Es ist eine Beschlussfassung vonnöten.

GR Bernd Oppenrieder bedankt sich für den Überblick. Durch diesen Investitionsplan und den Haushaltsentwurf soll der Gemeinderat auch steuern, was in der Gemeinde erledigt wird. Kämmerer Thomas Wenzel leistet eine tolle Arbeit. Jedoch bei einem Jahresergebnis von 172.400 EUR wird wieder eine sparsame Haushaltsführung notwendig sein. Tatsache ist jedoch auch, dass große Teile der Investitionen nicht erledigt werden können. So wurden in 2019 bei einer geplanten Investitionssumme von 8,2 Mio EUR 40 % der Arbeiten/Investitionen erledigt. Im Jahr 2020 wird dies nach seiner Meinung auch so sein.

Man nimmt sich immer mehr vor, als erledigt wird. Der Finanzplan weckt Erwartungen, die die Verwaltung jedoch nicht alle abarbeiten kann. Dies führt nach seiner Meinung auch zu Frust bei der Verwaltung. Dies liegt nach seiner Meinung auch daran, dass keine Priorisierung erfolgt. Derzeit geht man von einem Investitionsvolumen von 4,8 Mio. EUR aus, hinzu kommen noch die Kanalbaukosten. Dies kann zu einer Summe von 6-7 Mio. EUR führen. Dies ist viel mehr, als zu leisten ist.

Die Ressourcen fehlen hierfür jetzt schon.

Es sollte eine Prioritätenliste angelegt werden:

1. muss gemacht werden
2. ist zu machen

3. kann gemacht werden

In der Verwaltung sind genügend Tagesarbeiten zu leisten, hier können nicht nur Investitionen erledigt werden. Es sollte vorrangig eine Priorisierung erfolgen, denn die personellen Ressourcen in der Verwaltung können dies nicht leisten. Dies verursacht Überschüsse und Investitionsstaus.

Man kommt der Daseinsvorsorge nicht hinterher, denn dieser Aufwand wird nicht weniger. Jedoch, wenn die Investitionen zu einem späteren Zeitpunkt erledigt werden, dann werden sie teurer.

Nach seiner Meinung wird zu wenig in die Ortskultur investiert. Es ist eine Identität für den Ortskern notwendig. Man sollte zügig herausfinden, wie dies erledigt werden kann.

2. Bgm. Jürgen Großmann bedankt sich für die Ausführungen und übergibt die Leitung der Sitzung an Bgm. Andreas Zenglein um 15:00 Uhr.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die Teilnehmer und erklärt zu den Ausführungen von GR Bernd Oppenrieder, dass der vorgestellte Haushalt nicht „aufgebläht“ ist. Natürlich besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich je nach Ergebnis der Firma SIK die Notwendigkeit der schnellen Kanalsanierung ergibt, dass andere Straßensanierungen, wie „Am Wingert“ oder „Aschaffener Str.“ zurückgestellt werden müssen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen werden am Mittwoch vorgestellt, danach kann eine Priorisierung erfolgen.

Er sieht das Personal im Rathaus gut aufgestellt. Im letzten Jahr wurde durch den Prüfungsverband eine Organisationsprüfung durchgeführt. Das Abschlussgespräch findet in den nächsten Wochen statt. Hier wird man dann feststellen, inwieweit eine Unter- oder Überbesetzung in der Verwaltung und auch im Bauhof besteht.

Die „fehlende“ Identität wird durch den Beschluss zum ISEK angegangen. Diese Thematik wird den Gemeinderat und die Verwaltung den nächsten 15-20 Jahren beschäftigen.

Die Haupteinnahmen in Haibach kommen von der Einkommensteuerbeteiligung, da Haibach eine bevorzugte „Wohngemeinde“ ist.

Das Insolvenzverfahren der Fa. Adler sieht er weniger problematisch bzgl. der Steuereinnahmen. Für ihn ist die Tatsache, dass somit auch Arbeitsplätze in Haibach „auf dem Spiel stehen“, ein wesentlich wichtiger Punkt. Die Einnahmen der Gewerbesteuer kommen nicht von einem Großunternehmen, sondern vom Haibacher Mittelstand und dem Dienstleistungsgewerbe.

Personell ist zudem festzustellen, dass seit Montag, 01.02.21, Frau Züchner nach ihrem

Erziehungsurlaub wieder im Dienst ist. Sie ist ab sofort neben Herrn Volk, dem technischen Leiter, als Leiterin der Bauverwaltung in Sachen „Bebauungspläne und Vergaben“ zuständig.

Für den Haushalt werden seitens der Fraktionen sicher noch Ergänzungen kommen. Jedoch sollte man daran denken, dass Kredite möglich sind, die aber auch wieder zurückgezahlt werden müssen.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, welche „Spuren“ der Glasfaserausbau hinterlässt.

Hierzu antwortet **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass z.B. für die Überwachung der Arbeiten ein Ingenieurbüro von der WeSpe engagiert wurde. Des Weiteren werden die Gehsteige zwar im Rahmen der Arbeiten, nach dem Einblasen der Glasfaserleitungen, wieder von der ausführenden Firma verschlossen. Es sollten jedoch Gelder vorhanden sein, dass im Bedarfsfall auch eine Komplettherstellung der Gehwege erfolgen könne.

Die Deutsche Glasfaser nutzt im Gegenzug die Leerrohre, die im Rahmen des Neuausbaus der Ortsverbindungsstraße verlegt wurden. Hierfür wird eine entsprechende Nutzungsgebühr veranschlagt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Deutsche Glasfaser verpflichtet ist, 40 cm des Gehsteigs wieder herzustellen. Wenn jedoch z.B. bei dieser Gelegenheit auch entsprechende Arbeiten an der Wasserleitung erledigt werden können, dann sollten diese erledigt werden und dafür wird dieser Haushaltsansatz notwendig. Die genutzten Leerrohre von Grünmorsbach nach Dörmorsbach sollten an die Deutsche Glasfaser verkauft werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt nach dem Haushaltsansatz für den geplanten Mountainbike-Trail.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der Arbeitskreis hierzu noch nicht getagt und demnach noch keine Strecke hierfür vorgeschlagen wurde. Wenn dies erfolgt ist, kann noch entsprechend reagiert werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass man Förderanträge für die digitale Schule gestellt hat. Er möchte wissen, ob man auch am Förderprogramm digitales Rathaus teilnimmt.

Bgm. Andreas Zenglein betont, dass im Rathaus alle Möglichkeiten der Förderungen genutzt werden. Der Förderbetrag wurde angemeldet, es liegt jedoch noch kein Bescheid hierzu vor. Mittlerweile sind 23 von 25 Arbeitsplätzen des Rathauses als Home-office-Plätze eingerichtet.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte den aktuellen Stand bzgl. Luftreinigungsgeräte für die Schule wissen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass für jedes Klassenzimmer in Haibach und Grünmorsbach entsprechende CO2-Melder bestellt wurden.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert dazu weiter, dass es hierfür eine Festbetragsförderung nach der Anzahl der Schüler gibt. Die entsprechenden Zuwendungsanträge sind gestellt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass bezüglich der Anschaffung von Luftreinigungsgeräten nach Rücksprache mit den Schulleiterinnen davon abgesehen wurde, da in jedem Klassenzimmer das Querlüften möglich ist. Zudem wurde auf den durch die Geräte verursachten Lärm hingewiesen. Daher hat man von der Anschaffung von Luftreinigungsgeräten auf Wunsch der Schulleiterinnen abgesehen.

Bezüglich der EDV-Ausstattung der Schule ist festzustellen, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit Laptops ausgestattet werden. Diese Vorgaben kommen vom Kultusministerium. Vor einer Vergabe für die Anschaffung müssen allerdings drei Vergleichsangebote eingereicht werden.

Kämmerer Thomas Wenzel ergänzt, dass ein weiteres Förderprogramm die Möglichkeit bietet, dass Lehrerleihgeräte für die Schule angeschafft werden. Es können demnach für die 31 Lehrer der Schule 22 Lehrergeräte angeschafft werden. Der Zuschuss liegt bei 1.000 EUR pro Gerät. Derzeit liegt noch kein Ergebnis aus den Beratungen der Schule vor.

GR Christian Fuchs fragt nach der Rückerstattung der Gebühren für Kindergärten aus der Pandemie 2020 bzw. welche Erstattung für 2021 kommen wird.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass hierzu noch keine genauen Informationen vorliegen. Es sollen 70 % vom Freistaat und 30 % von den Kommunen getragen werden. Es fehlen jedoch noch die Zahlen aus dem BayKiBiG. Für das Jahr 2020 wurde eine Zahlung vom Freistaat geleistet.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass am Mittwoch die Firma SIK die Sanierungsmaßnahmen mit Kostenkalkulation des Kanalnetzes vorstellen wird. Im Anschluss sollte eine Priorisierung der notwendig durchzuführenden Maßnahmen erfolgen.

Des Weiteren verweist er auf die Anfrage des Bauhofs, dass dort eine Ersatzanschaffung für den defekten Traktor für den aktuellen Winterdienst benötigt wird.

Er weist jedoch auch darauf hin, dass verschiedene Streuarbeiten mittlerweile auch an Dienstleister vergeben wurden.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass nach seiner Auffassung auch der HH-Ansatz für die Beschaffung von weiteren Geschwindigkeitsmessgeräten fehlt.

Hierzu antwortet **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass auch hierzu noch kein Beschluss über die Anzahl der Geräte gefasst wurde.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit:

Bezüglich der Barrierefreiheit für Behinderte wurde das Ergebnis einer Begehung in Haibach von Herrn Heribert Biewer im Auftrag des Landratsamtes vorgestellt.

Dieser Thematik hat sich **2. Bgm. Jürgen Großmann** dankenswerterweise angenommen und eine Präsentation erarbeitet und diese wird nun den Teilnehmern der Sitzung vorgestellt.

Es werden die verschiedenen Punkte für Verbesserungen dargestellt und erläutert. Einiges wurde im Rahmen von diversen Arbeiten mittlerweile

bereits erledigt, z.B. Absenkung der Gehwege an den Kreuzungen Adler und Findbergstraße. Es stehen jedoch auch noch einige Maßnahmen, die erledigt werden müssen, aus.

Nach den Erläuterungen bedankt sich **Bgm. Andreas Zenglein** für die Ausarbeitung und Präsentation. Er schlägt vor, dass entsprechend der Empfehlung ein jährlicher Kostenansatz in Höhe von 10.000 EUR in den Haushalt mit aufgenommen werden sollte. Somit können jährlich notwendige Arbeiten für die Barrierefreiheit erledigt werden.

4. Allgemeines

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein.

Die Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 10.02.2021, erfolgt nochmals im Online-Format.

Die entsprechenden Beschlüsse werden in einer Präsenz-Sitzung, nach jetzigem Stand, nach dem 14.02.2021, erfolgen.

Für die Sitzung wird der erforderliche Link für die Gäste auf der Homepage bereitgestellt. Die Gemeinderäte erhalten entsprechende Informationen per Email.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **10.03.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 10. März 2021
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 23:00 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

| Sitzungsteilnehmer | Funktion | Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung |
|--------------------|----------|--|
|--------------------|----------|--|

Anwesend:

| | | |
|----------------------|--------------------|------------------------|
| Andreas Zenglein | 1. Bürgermeister | |
| Jürgen Großmann | 2. Bürgermeister | |
| Ilse Spielmann | 3. Bürgermeisterin | Anwesend bis 22:25 Uhr |
| Ingo Adams | Gemeinderat | |
| Jürgen Goldhammer | Gemeinderat | |
| Carola Heeg | Gemeinderätin | |
| Dietmar Kempf-Blatt | Gemeinderat | |
| Beate Konrad | Gemeinderätin | |
| Steffen Kruschina | Gemeinderat | |
| Bernhard Oppenrieder | Gemeinderat | |
| Andrea Stürmer | Gemeinderätin | |

Abwesend:

| | | |
|----------------------|--|--|
| Schriftführer | | |
| Reiling Silvia | | |

| | | |
|-------------------|--|--|
| Verwaltung | | |
| Michael Müller | | |
| Martin Volk | | |
| Thomas Wenzel | | |

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

| | |
|-------------|--|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung |
| 2. | Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 25.11.2020 und 05.02.2021 |
| 3. | Beschlussfassungen zu Themen aus den Onlineveranstaltungen |
| 3.1. | Beitritt der Gemeinde Haibach zum Tourismusverband Franken e.V. und Spessart-Mainland e.V. |
| 3.2. | Anschaffung einer Software für ein Online-Portal für Eltern & Kindertagesstätten aller Kinderbetreuungseinrichtungen |
| 3.3. | Bestellung eines externen Datenschutzbeauftragten |
| 3.4. | Mitteilungsblatt - Druckübernahme durch die Firma MediaAtrium GmbH |
| 4. | Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten |
| 5. | Antrag der FWG- Fraktion: Erhöhung des Zuschusses für die Windelentsorgung sowie Erhöhung des Zuschusses bei Inkontinenz ab 01. Januar 2021 |
| 6. | Haushaltsberatungen |
| 7. | Steuern und Gebühren |
| 8. | Allgemeines |

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der

Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 25.11.2020 und 05.02.2021

Die Protokolle der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.11.2020 und 05.02.2021 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Beschlussfassungen zu Themen aus den Onlineveranstaltungen**3.1. Beitritt der Gemeinde Haibach zum Tourismusverband Franken e.V. und Spessart-Mainland e.V.****Sachverhalt:**

Der Tourismusverband Spessart-Mainland ist ein Zusammenschluss der Landkreise Main-Spessart, Main-Kinzig, Aschaffenburg, Miltenberg und der Stadt Aschaffenburg und eine der offiziell anerkannten Tourismusregionen Frankens.

Der Tourismusverband ist zuständig für die Vermarktung und touristische Entwicklung des gesamten bayerischen und hessischen Spessarts und des Mainvierecks. Gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen verantwortet der Tourismusverband das Destinationsmarketing und -management zur Förderung des Tourismus und ist gleichzeitig Sprachrohr und Interessenvertretung für die Tourismuswirtschaft im Spessart und im Mainviereck.

Der Tourismus stellt mit über 3 Mio. Übernachtungen, über 20 Mio. Tagesbesuchern und jährlichen Umsätzen von über 800 Mio. EUR einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und sichert über 14.000 Arbeitsplätze in der Region.

Siehe die in der Anlage beigefügte Präsentation.

Aktuell sind aus dem Landkreis Aschaffenburg lediglich die Gemeinde Haibach und eine weitere Landkreisgemeinde kein Mitglied im Tourismusverband.

Die Mitgliedschaft im Tourismusverband Spessart-Mainland e.V. ist grundsätzlich an eine Mitgliedschaft im Tourismusverband Franken e.V. gebunden. Nach Auskunft von Herrn Michael Seiterle (Geschäftsführer Tourismusverband Spessart-Mainland e.V.) liegen die Mitgliedsbeiträge in beiden Verbänden bei jeweils ca. 600,00 € pro Jahr. Diese werden aus den folgenden Größen errechnet: Grundbeitrag, Einwohner, Übernachtungszahlen, Hebesatz.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach tritt dem Tourismusverband Franken e.V., mit Sitz in 90425 Nürnberg, Pretzfelder Straße 15, und damit verbunden dem Tourismusverband Spessart-Mainland e.V., mit Sitz in 63868 Großwallstadt, Industriering 7, zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 1

3.2. Anschaffung einer Software für ein Online-Portal für Eltern & Kindertagesstätten aller Kinderbetreuungseinrichtungen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ausführlich vorberaten.

Beschluss

Die Gemeinde mietet die KITA-Software „Little Bird“ mit einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

3.3. Bestellung eines externen Datenschutzbeauftragten**Sachverhalt:**

Die Gemeinde Haibach hat kraft Gesetzes einen Datenschutzbeauftragten inkl. Stellvertreter-Regelung zu bestellen. Derzeit ist die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten an eine interne Kraft übertragen.

Diese Regelung soll nun aber nicht weiter beibehalten werden, da die Umsetzung, Begleitung und Prüfung aller geforderten Schritte und Maßnahmen, weder zeitlich, inhaltlich noch rechtssicher intern umfänglich darstellbar ist.

Der bestellte Datenschutzbeauftragte achtet darauf, dass Bestimmungen zum Datenschutz eingehalten und umgesetzt werden (z.B. Datenschutz-Grundverordnung, Bayerisches Datenschutzgesetz, Bundesdatenschutzgesetz, datenschutzrechtliche Bestimmungen in Fachgesetzen).

Der Datenschutzbeauftragte ist hierbei unabdingbare Anlaufstelle zu Datenschutzfragen für alle Mitarbeiter der Gemeinde Haibach und auch für die Bürger. Er ist dem Bürgermeister direkt unterstellt, jedoch in seiner Funktion unabhängig und weisungsfrei. Ein Datenschutzbeauftragter kann sich bei begründeten Bedenken durch das Büro des Landesbeauftragten für Datenschutz beraten lassen.

Er darf nicht mit Aufgaben betraut werden, welche mit Interessenskonflikten zu seiner Funktion als Datenschutzbeauftragter führen. Er darf daher nicht gleichzeitig Aufgaben in den Bereichen Amtsleitung, Personal, EDV, Einwohnermeldeamt, Gemeindekasse, Steuerstelle oder in vergleichbaren Bereichen wahrnehmen.

Die Einhaltung und Umsetzung der DSGVO mit ihren neuen Regelungen und neuem Datenschutz-Bewusstsein bringt einen deutlich höheren zeitlichen Aufwand mit sich, welcher intern nicht mehr aufzubringen ist.

Weiterhin ist es nicht möglich, dass die Koordination und Begleitung der Umsetzung des Datenschutzes noch "nebenbei" erledigt werden. Zudem sind neben den Personalkosten auch die Kosten für erstmalige, verpflichtende und weiterführende Schulungen zu berücksichtigen.

Die Gemeinde Haibach hat 75 Mitarbeiter mit den verschiedensten Aufgaben in unterschiedlichen Bereichen. Viele davon sind (wie in anderen Kommunen auch) als absolut kritisch einzustufen und somit folgerichtig datenschutzrechtlich als sehr relevant zu betrachten. Vorrangig gilt dies für alle Bereiche, in denen eine Kommune oftmals mit einfachen Mitteln angreifbar ist.

Bei nennenswerten Datenschutzverletzungen und der damit einhergehenden Meldepflicht (bei Aufsichtsbehörden und möglichen Betroffenen) ist natürlich auch die Außendarstellung einer Kommune und der Vertrauensverlust der Bürger ein ernsthaftes Thema.

Aus diesem Grund wurden mit verschiedenen Unternehmen, die sich auf den kommunalen Datenschutz spezialisiert haben, Informationsgespräche geführt, in denen u.a. über die Projektplanung, das aktuelle Datenschutzniveau, die Erstellung der Informationsblätter, Mitarbeitersensibilisierung vor Ort und die Kosten gesprochen wurde. Hierbei hat sich die Firma actago GmbH, Straubinger Str. 7, 94405 Landau a. d. Isar, als ein Unternehmen mit jahrelanger und fundierter Erfahrung im kommunalen Umfeld für die dauerhafte Bereitstellung des externen Datenschutzbeauftragten hervorgetan.

Bei einer Beauftragung der Firma actago GmbH, Straubinger Straße 7, 94405 Landau a. d. Isar, fallen folgende Kosten für die Gemeinde Haibach an:

| | Jährliche Kosten | |
|--|--------------------|--------------------|
| | Netto | Brutto |
| Erstellung des Datenschutzkonzept (geschätzter Aufwand von 40 Std. zu 150,00 €) | 6.000,00 € | 7.140,00 € |
| Da intern bereits mit der Umsetzung der DSGVO begonnen wurde und Teilbereiche des Datenschutzkonzeptes bereits schriftlich erfasst sind, können diese voraussichtlich in das Gesamtkonzept der Firma actago GmbH übernommen werden. Damit dürfte der geschätzte Zeitaufwand reduziert werden können und die genannten Kosten am Ende geringer ausfallen. | | |
| Fortlaufende Betreuung (Bestellung des externen Datenschutzbeauftragten, Beratung mit einem unbegrenzten Kontingent, Aktualisierung der erstellten Dokumente / Erklärungen, Überprüfung ihrer Auftragsdatenverarbeitungsverträge, fortlaufende Aktualisierung ihres Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten, jederzeitige Möglichkeit der vor Ort Präsenz des Datenschutzbeauftragten, Steuerung des Datenschutzprozesses, Initiierung, Beratung und Überprüfung der Datenschutzmaßnahmen) | 6000,00 € | 7.140,00 € |
| Gesamtkosten während der Vertragslaufzeit (3 Jahre) | 24.000,00 € | 28.560,00 € |

Beschluss

Die Gemeinde Haibach bestellt Herrn Maximilian Nuss, actago GmbH, Straubinger Str. 7, 94405 Landau a. d. Isar, mit Wirkung vom 10.03.2021 gemäß Art. 25 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zum externen Datenschutzbeauftragten für die Gemeinde Haibach. Seine Aufgabe ist die Überwachung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Insbesondere aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

Beschluss

Durch die Bestellung eines externen Datenschutzbeauftragten wird die derzeit interne Bestellung obsolet. Der Gemeinderat beschließt, die Bestellung des internen Datenschutzbeauftragten mit Wirkung vom 10.03.2021 zu widerrufen.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

3.4. Mitteilungsblatt - Druckübernahme durch die Firma MediaAtrium GmbH
Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 17.02.2021 teilte die Firma Beister Software mit, dass ab dem 01.04.2021 die Firma MediaAtrium die Leistungsverpflichtung gegenüber der Gemeinde Haibach in Bezug auf die Erstellung, des Drucks und der Verteilung des Amtsblattes eintreten soll.

Als Begründung führt die Firma Beister aus, dass es ihr trotz mehrfacher Anläufe nicht möglich war, ein oder zwei weitere Amtsblätter zu akquirieren. Dies hätte Synergieeffekte gebracht, um weiterhin kostengünstig das Amtsblatt herstellen zu können. Da dies aber nicht der Fall war, hat sich die Firma Beister einen Partner gesucht, mit dem längerfristig ein qualitativ hochwertiges Amtsblatt ohne Umstellungsprobleme gewährleistet wird.

Die Firma MediaAtrium aus Laufach erstellt und vertreibt bereits das Amtsblatt für Waldaschaff und Bessenbach und ist ein Profi in diesem Bereich. Bereits seit längerem verwendet MediaAtrium die Software „FindMe“, der Firma Beister zur Organisation der Abonnenten.

Ab dem 01.04.2021 soll MediaAtrium konkret folgende Aufgaben übernehmen:

- Entgegennahme und Verarbeitung aller amtlichen, allgemeinen und vereinsbezogenen Nachrichten aus dem Bereich der Gemeinde Haibach mit Ortsteilen
- Entgegennahme und Verarbeitung aller Anzeigen
- Organisation von Satz, Druck und Verteilung des Amtsblattes
- Rechnungslegung der Anzeigen auf eigene Rechnung
- Abonnentenverwaltung

Die Firma Beister Software wird weiterhin das bewährte Vereinsportal Haibach hosten und programmatisch auf dem neuesten Stand halten.

MediaAtrium holt nach wie vor die Vereinsnachrichten von diesem Portal für den Satz des Amtsblattes zum gewohnten Termin ab.

Für die Vereine ergibt sich somit keine Veränderung. Sämtliche Rohdaten und Vorlagen werden wir der Firma MediaAtrium zur Verfügung stellen. MediaAtrium wird Teile unseres Redaktionsteams und die Austräger übernehmen. Wir arbeiten partnerschaftlich mit MediaAtrium zusammen, ein reibungsloser Übergang ohne Verlust wichtiger Hintergrundinformationen ist garantiert. (Aussagen der Firma Beister)

Finanziell hat diese Änderung keine Auswirkung auf die Leser und Anzeigenkunden.

Durch die Firma MediaAtrium wurde mittlerweile ein Vertragsentwurf über die Abwicklung des Amtsblattes zum 01.04.2021 vorgelegt. Dieser Entwurf ist identisch mit dem Vertrag, der mit der Firma Beister Software abgeschlossen wurde und beinhaltet u.a. folgende Vertragsbedingungen:

- Auf die Form des Amtsblattes kann die Gemeinde Einfluss nehmen.
- Der amtliche Teil ist für die Gemeinde kostenfrei.
- Die kirchlichen Nachrichten sind kostenfrei, sofern der bisherige Umfang nicht überschritten wird (als Referenz gelten die Jahre 2019 und 2020).
- Die Vereinsnachrichten sind kostenfrei, sofern der bisherige Umfang nicht überschritten wird (als Referenz gelten die Jahre 2019 und 2020).
- Die Zustellung der Amtsblätter ist Aufgabe der MediaAtrium GmbH.
- Eine Erhöhung der Abonentengebühren ist mit der Gemeinde abzustimmen.

Der derzeitige Preis von jährlich 35,00 Euro brutto ist für die nächsten fünf Jahre festgeschrieben.

Beschluss

Der aktuell bestehende Vertrag mit der Firma Beister Software GmbH, Aschaffener Straße 35, 63773 Goldbach, wird aufgelöst.

Mit der Firma MediaAtrium GmbH, Hermann-Niggemann-Str. 4, 63846 Laufach, wird ein neuer

Vertrag über die Abwicklung des Amtsblatts mit einer Laufzeit von 5 Jahren geschlossen. Danach verlängert sich der Vertrag jährlich, sofern nicht 6 Monate vor Jahresende gekündigt wird.

Abstimmungsergebnis: ja: 7 nein: 4

| | |
|-----------|---|
| 4. | Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten |
|-----------|---|

Sachverhalt:

Das Außen-Sportgelände der Mittelschule Haibach ist stark sanierungsbedürftig. Bereits am 06.06.2018 fand ein Ortstermin des Gemeinderates statt, bei dem dies auch so festgestellt wurde.

Am 03.04.2019 beschloss der Gemeinderat die Generalsanierung der Sportanlage.

Mit Bescheid vom 10.05.2019 wurde die schulaufsichtliche Genehmigung für die Maßnahme erteilt.

Der Zuwendungsantrag für das Vorhaben wurde im August 2019 bei der Regierung gestellt und mit Beschluss des Gemeinderats vom 04.03.2020 wurden die Mittel im Haushalt für die Maßnahme bereitgestellt.

Mit Zuwendungsbescheid vom 17.02.2020 wurde der Zuschuss in Höhe von 118.000 € genehmigt.

Zugrunde lagen hier geschätzte Baukosten in Höhe von 295.843,- €. Die Baukosten wurden vom gemeindlichen Bauamt geschätzt.

Mit Bescheid vom 13.03.2020 wurde der vorzeitige Baubeginn genehmigt. Dieser Bescheid setzt auch die förderfähigen Kosten fest.

Da die Planung vom gemeindlichen Bauamt erstellt wurde, wurden 15% der förderfähigen Kosten gekürzt. Die Festbeträge für Sportanlagen wurden jedoch – bis auf die Laufbahn - bereits voll ausgeschöpft.

Aufgrund der personellen Situation des Bauamtes im Jahr 2020 wurde im September der Architekt Herr Kirschenlohr mit Teilleistungen für das Projekt beauftragt.

Dieser stellte fest, dass bei der vorgesehenen, kostenminimalen Bauweise – einfacher Austausch des Tartanbelages – die ausführenden Firmen, aufgrund der flächig nicht gegebenen Mindestaufbaustärken des Unterbaus die Gewährleistung verweigern können.

Eine komplette, DIN-gerechte Erneuerung des Unterbaus stellt die Gewährleistung sicher, führt allerdings aufgrund des Mehraufwandes zu einer Erhöhung der Baukosten von derzeit geschätzt ca. 300.000 € auf rund 600.000 €.

Aufgrund der deutlichen Kostensteigerung bei DIN-Ausbau wurde die Möglichkeit zu Einsparungen bei „Ausbau in Anlehnung an die DIN“ diskutiert. Um gegebenenfalls Kosten zu reduzieren, müssten an den Bestands-Sportanlagen nach Entfernung des alten Tartan-Belags, Lastplattendruckversuche und Versickerungsversuche an verschiedenen Punkten des Geländes erfolgen, die Aufschlüsse darüber geben, ob die Tragfähigkeit und Wasserdurchlässigkeit gegeben sind. Dann erst könnte die Entscheidung darüber, ob die komplette, bestehende Tragschicht erneuert (30 bis 40cm tief) wird, gefällt werden. Gegebenenfalls wäre eine dünne, etwa 8cm - 10cm dicke neue Schotterschicht ausreichend.

Allerdings besteht ähnlich zum Minimalausbau die Problematik der Gewährleistung bei Mängeln gegenüber dem AN. Von Seiten der Förderstelle wird eine Abweichung vom Ausbau nach DIN oder den anerkannten Regeln der Technik nicht befürwortet. Die Frage der Förderschädlichkeit bei nicht DIN-konformer Bauweise blieb ungeklärt.

Eine Gewährleistung werden die Firmen jedoch nur bei einer grundhaften Erneuerung des Sportflächenunterbaus geben. Die Gewährleistung beträgt nach VOB/B vier Jahre.

Die Gemeinde steht nun also vor der Entscheidung, ob in der Minimal- oder DIN-konformen Variante gebaut wird.

Optional könnte nach Vorliegen der Ergebnisse der Baugrunduntersuchungen über einen DIN-ähnlichen Ausbau entschieden werden.

Bei Abweichung von der beantragten Minimal-Ausführung muss entschieden werden, ob ggfs. ein neuer Zuschussantrag gestellt werden soll.

Die Gemeinde hat mit Bescheid vom 13.03.2020 die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns erhalten, mit diesem Bescheid wurden die Kosten

von 295.843,- € festgesetzt und sind nachträglich nicht zu erhöhen.

Einzigste Möglichkeit hier wäre es, den Antrag zurückzuziehen und einen neuen Antrag mit umfassender Begründung der Mehrkosten (z.B. Planungskosten und sonstige Teuerungen) zu stellen.

Dann würde die Gemeinde jedoch die vorzeitige Baufreigabe verlieren und müsste das Verwaltungsverfahren abwarten, um die tatsächliche Zuschusshöhe zu erfahren und um mit dem Bau beginnen zu können.

Wobei nicht mit einer deutlich höheren Förderung gerechnet werden kann, da der Planungsauftrag des Architekten nicht alle Leistungsphasen der HOAI beinhaltet und die sonstigen Festbeträge bereits fast völlig ausgeschöpft wurden.

Der zeitliche Ablauf würde sich dann deutlich nach hinten verschieben und es ist fraglich, ob dann in diesem Jahr noch gebaut werden könnte.

Es handelt sich also um eine Abwägung der Gemeinde, bei der die Faktoren Kosten, Nutzen und Risiken sowie der zeitliche Ablauf berücksichtigt werden sollten (Anlage: Vor- und Nachteile).

In der anschließenden Diskussion bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass nach Rücksprache mit der Regierung die Förderung der Maßnahme nach Festbeträgen erfolgt. Wenn ein neuer Förderantrag eingereicht wird, könnte durch die Erhöhung der Kosten nun eventuell ein höherer Förderbetrag erzielt werden. Dies bedeutet jedoch auch wiederum eine zeitliche Verzögerung.

Bei der Variante Minimalausbau wird keine Firma entsprechende Gewährleistungen geben.

GR Jürgen Goldhammer sieht hier neue Voraussetzungen. Zur Nutzung ist er der Ansicht, dass für die GS eine 50 m Laufbahn reicht, die Prüfungen der Mittelschule können auf der Anlage des Landkreises in Hösbach und die Bundesjugendspiele am Stadion der KUS durchgeführt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert hierzu, dass man bedenken sollte, dass vor der Sport-Quali-Prüfung auch trainiert werden muss. Wenn ein DIN-gerechter und ordentlicher Ausbau erfolgen soll, dann wird die aktuelle Summe von 295.000 EUR schnell überschritten sein.

Nach weiterem Austausch bezgl. der Ausbauvarianten erklärt Dipl. Ing. Martin Volk, dass die Firmen nicht mitmachen, wenn kein DIN-gerechter Aufbau des Untergrundes erfolgt.

2. Bgm. Jürgen Großmann gibt die schwierige Situation zu bedenken. Wenn Setzungen erfolgen, dann gibt es keine Gewährleistung und der Schaden

muss nachgewiesen werden. Die Alternative ist, dass die Firmen komplett aus der Gewährleistung gehen, wenn der Unterbau der Anlage nicht passt.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wie hoch die Erwartung an Zuschüssen ist bei dem Kostenaufwand von 650.000 EUR.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass der Erstbestand der Tartanbahn im Jahr 1966 erfolgte. Die 100 m-Bahn wurde in dieser Zeit einmal saniert.

GR Bernd Oppenrieder möchte die Nutzungsintensität wissen, wenn doch nur 10 Schüler den Quali machen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass aktuell kein Schulsport auf dieser Anlage möglich ist.

2. Bgm. Jürgen Großmann erklärt, dass er mit Frau Seubert-Berberich gesprochen hat. Für den Sportunterricht werden 100 m-Bahn, Weitsprung- und Kugelstoßanlage benötigt.

Bei den ursprünglichen Überlegungen war der Tartanplatz nicht inbegriffen. Wenn dieser bei der Maßnahme nun hinzukommt, dann ist die Maximalförderung notwendig. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass Vereine dann diesen Platz nutzen können.

Dipl. Ing. Martin Volk informiert, dass in der letzten Woche Probebohrungen durchgeführt wurden. Es wurde festgestellt, dass kein klar definierbarer Unterbau vorhanden ist. Ebenso ist kein Frostschutzmaterial vorhanden. Das Gutachten hierzu liegt noch nicht vor.

2. Bgm. Jürgen Großmann fragt nach, ob es dort Setzungen gibt.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass der Allwetterplatz Risse aufweist, in der 100 m-Bahn sind Verwerfungen vorhanden.

GR Steffen Kruschina fragt nach der Anzahl der Grundschüler.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass dies etwa 400 sind.

GR Steffen Kruschina macht den Vorschlag, dass der Platz in den Abendstunden vermietet werden könnte.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass für Volleyball und Handball Kleinfelder im Freien eingerichtet werden sollen.

GR Jürgen Goldhammer plädiert für den Vollausbau. Er möchte jedoch wissen, ob es sichergestellt ist, dass die Arbeiten in diesem Jahr noch erledigt werden können.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass die Ausschreibung fertig ist. Aktuell wird auf das Gutachten gewartet.

| | |
|----|--|
| 5. | Antrag der FWG- Fraktion: Erhöhung des Zuschusses für die Windelentsorgung sowie Erhöhung des Zuschusses bei Inkontinenz ab 01. Januar 2021 |
|----|--|

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 28.05.2020 stellten die Gemeinderäte der FWG-Fraktion den Antrag, den Zuschuss für die Windelentsorgung sowie den Zuschuss bei Inkontinenz zu erhöhen.

Da der Antrag mit Ausgaben verbunden ist, die für das Jahr 2020 nicht im Haushalt vorgesehen waren und der Antrag keinen Deckungsvorschlag enthalten hat, wurde dieser auf die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2021 zurückgestellt.

Der Antrag vom 28.05.2020 im Wortlaut:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

- a) Der Zuschuss für Familien mit neugeborenen Kindern für die Windelentsorgung in Höhe von aktuell einmalig 150 Euro wird auf einmalig 250 Euro erhöht.
- b) Der Zuschuss bei Inkontinenz in Höhe von aktuell jährlich 50 Euro wird auf jährlich 85 Euro erhöht. Der Zusatz in der jetzigen Fassung („unter den gleichen Vorgaben und Auflagen wie die des Landkreises Aschaffenburg“) wird gestrichen.

Begründung:

Die neuen Gebührensätze in der Müllentsorgung liegen im Landkreis Aschaffenburg bei den Grund- und Entleerungsgebühren zwischen 8% und 11,24%, sowie bei der Gewichtsgebühr um 38,89% über den bisherigen Gebühren. Laut Landkreis Aschaffenburg ergibt sich somit eine Gebührenerhöhung von durchschnittlich 27,44% zum 01.01.2020.

Diese Erhöhung betrifft vor allem junge Familien und auch Familien, deren Angehörige in häuslicher Pflege betreut werden, da die entsorgten Windeln ein hohes Gewicht haben und somit die Erhöhung der Gewichtsgebühr zu höheren Kosten führt. Um das Leben in Haibach, insbesondere für die aufgeführten Personengruppen, noch attraktiver zu gestalten, bzw. sie finanziell etwas zu entlasten, ist eine Erhöhung des Zuschusses für die Windelentsorgung bei Neugeborenen, bzw. die Erhöhung des Zuschusses bei Inkontinenz, ein Schritt in die richtige Richtung.

Die bisherige Regelung, den betroffenen Familien nach der Geburt eines Kindes einen Zuschuss für die Windelentsorgung in Höhe von 150 Euro zu überreichen, ist eine großartige Geste. Durch die

Erhöhung des Zuschusses auf 250 Euro kann die enorme Steigerung der Müllgebühren durch den Landkreis etwas abgefangen und zeitgleich die Kaufkraft für Familien mit kleinen Kindern, gerade in der jetzigen Zeit, erhöht werden. Die Erhöhung des Zuschusses bei Inkontinenz führt dazu, dass die Pflegepersonen, die bereits oft psychisch und physisch an ihre Belastungsgrenze gehen, eine kleine Anerkennung erfahren und sie nicht durch die Müllgebührenerhöhung eine Demotivation erleiden.

Der Landkreis Aschaffenburg sieht bereits für Babywindeln oder bei Inkontinenz einen Zuschuss vor. Die Bedingungen dazu sind für eine Vielzahl der Betroffenen schlichtweg nicht zu erreichen, da die Hürden viel zu groß sind (Auszug der Zuschüsse des Landkreises Aschaffenburg sind in der Anlage beigelegt).

In Haibach gibt es bislang keine Hürden, um den Zuschuss für die Windelentsorgung bei Neugeborenen zu erhalten. Deshalb sollten auch die Voraussetzungen, um den Zuschuss bei Inkontinenz zu erhalten, ebenfalls gestrichen und lediglich auf einen Antrag und der Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung begrenzt werden.

Vergleich mit anderen Gemeinden im Landkreis Aschaffenburg:

Gemeinde Kleinostheim: Zuschuss für die Windelentsorgung ist insgesamt 300 Euro

Gemeinde Bessenbach: Zuschuss für die Windelentsorgung ist insgesamt 200 Euro“

Anmerkung der Verwaltung:

Seitens der Gemeinde Haibach werden Familien wie folgt unterstützt:

- Windelzuschuss „Neugeborene“ in Höhe von einmalig 150 €
- Windelzuschuss „Inkontinenz“ in Höhe von jährlich 50 €
- Übernahme des Kindergartenbeitrages ab dem 3. Kind, sofern gleichzeitig drei oder mehr Kinder den Kindergarten oder die Krippe besuchen

Hierfür stand in den vergangenen Jahren ein Haushaltsansatz von insgesamt 15.000 € zur Verfügung.

Diese Haushaltsmittel wurden in den letzten Jahren folgendermaßen ausgeschöpft:

| Haushalt sjahr | Haushalts mittel | davon Windel geld | davon Kindergartenge bühren |
|-------------------|---------------------|-------------------------|-----------------------------------|
| 2018 | 14.248,50 € | 11.100, 00 € | 2.698,50 € |
| 2019 | 14.521,00 € | 11.850, 00 € | 2.521,00 € |
| 2020 | 10.708,00 € | 8.400,0 0 € | 2.308,00 € |

Aus Gründen der einfacheren Abwicklung wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die evtl. Erhöhung erst zur Jahresmitte m 01.07.2021 zu beschließen.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass der Zuschuss der Gemeinde für Inkontinenz zusätzlich zur Förderung durch das Landratsamt erfolgt.

GR Ingo Adams erklärt, dass er die Einwände gut nachvollziehen kann. Der Zuschuss für Inkontinenz wird von einer sehr begrenzten Gruppe in Anspruch genommen. Wegen der aufwändigen Bürokratie sollte die Bestätigung vom Arzt reichen. Dies sollte dann auch eine Vereinfachung bringen.

GR Steffen Kruschina sieht hier zwei unterschiedliche Voraussetzungen für diese Zuschüsse. Das Windelgeld ist für junge Familien, ein sogenanntes Begrüßungsgeld und frei verwendbar. Hier sollte nach seiner Meinung eine Erhöhung auf 200 EUR erfolgen.

Auch ist er Ansicht, dass die freiwilligen Leistungen der Gemeinde mit Bedacht erhöht werden sollten. Es sollte kein Überbietungswettkampf der Fraktionen stattfinden. Eine Erhöhung des Windelgeldes nach 13 Jahren findet er gerechtfertigt.

Beschluss

Der Zuschuss für Familien mit neugeborenen Kindern für die Windelentsorgung in Höhe von aktuell einmalig 150 Euro wird auf einmalig 250 Euro erhöht.

**Abstimmungsergebnis: ja: 4 nein: 7
abgelehnt**

Beschluss

Der Zuschuss für Familien mit neugeborenen Kindern für die Windelentsorgung in Höhe von aktuell einmalig 150 Euro wird auf einmalig 200 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

Beschluss

Der Zuschuss bei Inkontinenz in Höhe von aktuell jährlich 50 Euro wird auf jährlich 85 Euro erhöht. Die Vorlage einer medizinischen Indikation ist erforderlich.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

6. Haushaltsberatungen

Sachverhalt:

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass nach Kalkulation der Ergebnisse aus den vorangegangenen Beratungen eine Kreditaufnahme von 7 Mio EUR erforderlich sein werden.

Bgm. Andreas Zenglein führt hierzu aus, dass man sich bis in die Jahre 2025/26 sehr viel für Haibach vorgenommen hat. Diese Vorhaben müssen finanziert werden und umsetzbar sein. Die freie Finanzspanne beträgt 1,8 Mio EUR, damit kann nicht alles umgesetzt werden. Für den Unterhalt des Kanals, die schrittweise Umsetzung der Barrierefreiheit und die weitere Anschaffung von 5 Geschwindigkeitsmessgeräten werden Gelder erforderlich.

GR Steffen Kruschina schlägt vor zu prüfen, welchen Status die freiwilligen Leistungen haben. Die Daseinsfürsorge muss festgelegt werden. Hierzu sollte eine Priorisierung erstellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Infrastruktur und die Sanierung des Marienkindergartens.

Nach seiner Auffassung sollten für Teilbereiche von Planungen entsprechende Büros beauftragt werden. Er möchte wissen, wie diese seitens der Pandemie die Rückerstattung der Kindergartenbeiträge erfolgen. Was sind die Folgen des Digitalpakts, wer pflegt hier die Administration, gibt es eine Haushaltsstelle hierfür. Des Weiteren erinnert er auch an die Beschattung des Piratenspielplatzes, dies sollte auch in diesem Jahr eine Erledigung finden.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass die Rückzahlung der Elternbeiträge bereits im Haushaltsentwurf enthalten ist. Zur Digitalisierung der Schule besteht ein Wartungsvertrag. Für die Förderung wurde ein Zuschussantrag gestellt. Die Kosten, die hieraus entstehen, werden über den laufenden Unterhalt abgedeckt.

Im Rahmen einer PP-Präsentation erläutert **GR Bernd Oppenrieder**: Er findet den finanziellen Rahmen des Haushaltes toll. Die SPD hat sich Gedanken gemacht. Er hat den Haushalt 2019 mit den Ergebnissen verglichen. Hierbei hat er festgestellt, dass nur 44 % der Vorhaben geschafft

wurden. Nach seiner Meinung machen wir somit den Bürgern „etwas vor“. Er sieht unlösbar hohe Anforderungen an die Verwaltung. Nach seiner Meinung ist da die Steuerung nicht effektiv und es entsteht ein Investitionsstau. Dies führt auch zum Verlust guter Ideen. Es sollte ein realistischer Plan erstellt werden. Die Teuerungsrate belaufen sich auf 3 - 5 % in jedem Jahr. Wird ein Projekt verschoben, dann gibt das eine Teuerungsrate von 18 - 27 %.

Die Engpässe entstehen nicht durch die Finanzmittel, sondern durch die personellen Ressourcen. Hier sollte an eine Erhöhung der Kapazitäten gedacht werden. Die Planungen zu reduzieren, führt zu Investitionsstaus. Neben Neueinstellungen sollten mehr Ing.-Büros beauftragt werden und die Mitarbeiter projektbezogen arbeiten. Zum Bericht der Kanäle ist festzustellen, dass 39 % dringlich sanierungsbedürftig sind. Gegen die Starkregenereignisse muss mehr getan werden. Hierzu sollte für das Jahr 2021 eine Priorisierung erstellt werden. Er schlägt hierzu noch weitere Alternativen vor.

| | |
|------------------------|--|
| Kanal 2022 | Hier ist nach seiner Meinung der Zustandsbericht notwendig. |
| Budget CO ² | Hier ist eine Bilanz der gemeindlichen Einrichtungen erforderlich. |
| Budget | Klima-Energie-Netzwerk überprüfen |
| Budget | Prüfen Gasbezug, evtl. Umstellung mit Klimaschutzoption |
| Budget | Beratungen zum Haushalt bereits im September beginnen und mittelfristige Ziele setzen. |

Der Haushalt sollte nicht mit dem Geld beginnen, sondern sich nach den Notwendigkeiten richten. Die Planung des Personals sollte aus der „Sache“ heraus entstehen. Dieses Vorgehen sollte überdacht werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert zu den Vorschlägen, dass einiges davon sicherlich umsetzbar ist. In den letzten 15 Jahren wurden 55 Mio EUR investiert. Das Thema Wasser und Kanal ist für uns alle lebensbegleitend. Die Strategie der Priorisierung wurde bereits seither so eingesetzt.

GR Bernd Oppenrieder erklärt, dass nach seinen Recherchen nur 40 % der Planungen umgesetzt werden. Nach seiner Auffassung sollten dies jedoch 70 - 80 % sein.

GR Jürgen Goldhammer findet die Präsentation von GR Bernd Oppenrieder gut. Der Gemeinderat beschäftigt sich schon seit 15 Jahren mit der Umsetzung der Kanalsanierung.

Im Investitionshaushalt sind 30 Projekte enthalten. Er schlägt daher vor, dass man zu einer Budget-Verwaltung übergehen sollte. Hier sollten Anschaffungen bis 10.000 EUR möglich sein. Somit werden auch die Positionen im Haushalt verringert.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass der Brutto-Ansatz z.B. von 7,4 Mio im Jahr, bislang noch nie geschafft wurde. In guten Jahren wurden etwa 6 Mio geschafft.

2. Bgm. Jürgen Großmann schlägt vor, dass zuerst eine Aufstellung mit einer infrastrukturellen Zeitschiene erarbeitet werden sollte. Der Gemeinderat ist für die Umsetzung mit in der Verantwortung. Dies ist für die Daseinsvorsorge notwendig. Der Haushalt wird sehr präzise erstellt und sollte auch entsprechend zu schaffen sein.

In der Brutto-Investitionssumme sind unter anderem auch die Planungskosten und soweit diese beantragt wurden, auch die Zuschüsse enthalten. Man sollte nicht an das Personal gehen. Alle erledigen ihre Aufgaben. Man sollte am Haushalt 2021 in der jetzigen Form festhalten. Es wurden entsprechende Wünsche berücksichtigt und die Grundlage für gute Investitionen geschaffen. Er dankt der Verwaltung für die akribische Erstellung des Haushaltsentwurfs.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass bei einem Invest von 55 Mio in den letzten Jahren wohl nicht viel falsch gemacht wurde. Die Prioritäten und Hotspots werden von Herrn Volk und Herrn Wenzel vorgeschlagen und bearbeitet. Hier sollte der Gemeinderat fraktionsübergreifend mitgestalten. Auch bei der besten Planung wird wieder etwas dazwischenkommen.

GR Bernd Oppenrieder erklärt nochmals, dass nur 40 % erreicht wurden. Einzelne Maßnahmen zwingen der Gemeinde die Not auf. Gibt es Möglichkeiten der Kanal- und Wassersanierung ohne Vollausbau durchzuführen.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der Vollausbau nur dort erfolgt, wo dies notwendig ist.

7. Steuern und Gebühren

Sachverhalt:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.10.2020 wurde bereits über die Festsetzung der Steuern, Beiträge und sonstiger Abgaben für das Haushaltsjahr 2021 beraten.

Eine abschließende Entscheidung wurde jedoch nicht getroffen. Es wurde vielmehr angeregt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss sich mit diesem Thema beschäftigen soll.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses haben sich in der Sitzung vom 17.11.2020 dem Thema angenommen und vorgeschlagen, zumindest die Grabgebühren anzupassen. Die Anpassung der Grabgebühren wurde übrigens auch im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband angeregt.

Vom Rechnungsprüfungsausschuss wurden folgende Gebühren vorgeschlagen:

| Grabart | Gebühr derzeit | Gebühr neu |
|------------------|-------------------|---------------|
| Urnengrab | 30,00 € | 60,00 € |
| Baumgrab | 50,00 € | 60,00 € |
| Urnenkammer | 60,00 € | 75,00 € |
| Einzelgrab | 30,00 € | 45,00 € |
| Doppelreihengrab | 60,00 € | 75,00 € |
| Familiengrab | 85,00 € | 100,00 € |
| Wahlgrab | 98,00 € | 115,00 € |

Aufgrund der anstehenden Investitionen (Hort, Krippe, Kindergarten, Straßenausbau, ISEK usw.) wird eine Anhebung der Realsteuerhebesätze unausweichlich sein. Vor allem auch vor dem

Hintergrund, dass keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden dürfen.

Derzeit ergeben sich folgende Daten:

| Steuerart | Hebesatz | Durchschnitt Land 2020 | Durchschnitt Kreis 01.01.2019 | Letzte Erhöhung | Haushalts- ansatz 2020 |
|------------|-----------|---------------------------|-------------------------------------|--------------------|---------------------------|
| Grundst. A | 310 v. H. | 343,8 v. H. | 318,91 v. H. | 01.01.2016 | 3.200 € |
| Grundst. B | 310 v. H. | 337,6 v. H. | 324,84 v. H. | 01.01.2016 | 850.000 € |
| GewSt | 320 v. H. | 315,2 v. H. | 348,44 v. H. | 01.01.1995 | 1.100.000 € |

Nachfolgend einige Berechnungsbeispiele für Erhöhungen:

| Steuerart | Ansatz 2021 bei 310 v. H. | 320 v. H | 330 v. H | 340 v. H. | 350 v. H |
|---------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Grundst. A | 3.200,00 € | 3.303,23 € | 3.406,45 € | 3.509,68 € | 3.612,90 € |
| Grundst. B | 850.000,00 € | 877.419,35 € | 904.838,71 € | 932.258,06 € | 959.677,42 € |
| | | | | | |
| Erhöhung in % | | 3,23 | 6,45 | 9,68 | 12,90 |
| | | | | | |

| | 320 v. H. | 330 v. H. | 340 v. H. | 350 v. H | 360 v.H |
|---------------|------------------|------------------|------------------|-----------------|----------------|
| GewSt | 1.100.000,00 € | 1.134.375,00 € | 1.168.750,00 € | 1.203.125,00 € | 1.237.500,00 € |
| Erhöhung in % | | 3,13 | 6,25 | 9,38 | 12,50 |

Die Informationen zu den möglichen Erhöhungen werden an die Fraktionen weitergeleitet.

8. Allgemeines

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **21.07.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 21. Juli 2021
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

| Sitzungsteilnehmer | Funktion | Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung |
|--------------------|----------|--|
|--------------------|----------|--|

Anwesend:

| | | |
|----------------------|--------------------|----------------------------------|
| Andreas Zenglein | 1. Bürgermeister | |
| Ilse Spielmann | 3. Bürgermeisterin | |
| Ingo Adams | Gemeinderat | |
| Jürgen Goldhammer | Gemeinderat | |
| Carola Heeg | Gemeinderätin | |
| Dietmar Kempf-Blatt | Gemeinderat | |
| Beate Konrad | Gemeinderätin | |
| Steffen Kruschina | Gemeinderat | |
| Bernhard Oppenrieder | Gemeinderat | |
| Toni Stahl | Gemeinderat | (Vertretung für Jürgen Großmann) |
| Andrea Stürmer | Gemeinderätin | |

Abwesend:

| | | |
|-----------------|------------------|------------------------------|
| Jürgen Großmann | 2. Bürgermeister | (vertreten durch Toni Stahl) |
|-----------------|------------------|------------------------------|

| | | |
|----------------------|--|--|
| Schriftführer | | |
| Reiling Silvia | | |

| | | |
|-------------------|--|--|
| Verwaltung | | |
| Michael Müller | | |
| Thomas Wenzel | | |

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

| | |
|-----------|---|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung |
| 2. | Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 10.03.2021 |
| 3. | Finanzielle Entwicklung des Haushaltes 2021 |
| 4. | Festsetzung von Friedhofsgebühren |
| 5. | Allgemeines |

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bgm. Jürgen Großmann ist für die heutige Sitzung entschuldigt, GR Toni Stahl übernimmt die Vertretung.

Somit sind 11 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 10.03.2021

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Finanzielle Entwicklung des Haushaltes 2021**Sachverhalt:**

Kämmerer Thomas Wenzel gibt einen Halbjahresbericht 2021 über die finanzielle Entwicklung, die ausgeführten und noch zu erledigenden Aufgaben:

Die erste Hälfte des Jahres 2021 liegt nun hinter uns und wir möchten Sie deshalb über die bisher geleisteten Arbeiten und die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen informieren.

Auf alle Einzelheiten und bisher ausgeführten Tätigkeiten einzugehen, würde sicherlich den Zeitrahmen dieser Sitzung sprengen. Es sollen deshalb nur einige wesentliche Punkte und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Der Haushalt 2021 wurde in der Sitzung vom 17.03.2021 vom Gemeinderat verabschiedet.

Mit Schreiben vom 13.04.2021 hat das Landratsamt Aschaffenburg mitgeteilt, dass der Haushalt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält und die Mitwirkung der Rechtsaufsicht deshalb für das Jahr 2021 ausgesetzt ist (Kommunalwirtschaftliche Erleichterungen aufgrund der Corona-Pandemie).

Im Mitteilungsblatt Nr. 13 vom 01.04.2021 wurde die Haushaltssatzung ortsüblich bekannt gemacht.

Die Erträge aus der **Grundsteuer A** liegen derzeit im Rahmen des veranschlagten Betrages von 3.200 €.

Bei der **Grundsteuer B** ist derzeit ein Anstieg von ca. 72.100 € zu verzeichnen (Ansatz: 850.000 € - Sollstellung: ca. 922.100 €).

Der Grund hierfür ist eine rückwirkende Grundsteuermessbetragsfestsetzung des Finanzamtes Aschaffenburg für ein größeres Grundstück für die Jahre 2013 bis 2020. Allein diese Festsetzung führt zu einer Nachzahlung von ca. 60.000 €.

Die **Gewerbsteuer** ist im Haushaltsplan veranschlagt mit 1.100.000 €.

Die bisherigen Sollstellungen liegen derzeit ca. 450.000 € über dem Haushaltsansatz.

Auch hier hat eine größere Nachzahlung (ca. 276.700 €) für das Jahr 2019 und die entsprechende Anpassung der Vorauszahlungen 2021 zu einem Großteil der bisherigen Mehreinnahmen geführt.

Der Rest resultiert im Wesentlichen aus Nachzahlungen für das Jahr 2019 von neuen Firmen der IT-Branche.

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie scheinen wir derzeit verschont zu bleiben.

Die weitere Entwicklung bleibt allerdings abzuwarten, vor allem im Hinblick auf die größeren Steuerzahler.

Für den Gemeindeanteil an der **Einkommenssteuer** liegen bisher die Ergebnisse der ersten beiden Quartale vor.

Die Beteiligung beläuft sich derzeit auf 3.055.461 € (Vorjahr: 3.148.762 €). Dies entspricht 48,68% (Vorjahr: 47,23%) des vom Statistischen Landesamt geschätzten Gesamtaufkommens.

Im Gegensatz zur Gewerbsteuer werden die Folgen der Corona-Pandemie hier wohl sichtbar.

Auf den Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** sind bisher ca. 156.900 € (Vorjahr: 179.230 €) oder 47,55% des veranschlagten Betrages (330.000 €) gezahlt worden.

Die Einnahmen aus den **Verbrauchsgebühren** (Kanal, Wasser) liegen im Bereich der Haushaltsansätze.

Bedingt durch die Schließung der gemeindlichen Einrichtungen wird es zu größeren Einnahmeausfällen bei den Benutzungsgebühren für

die gemeindlichen Hallen, Sportplätze und sonstigen Gebäude kommen.

Im gesamten Ortsbereich wurden fünf neue Defibrillatoren installiert.

Die Standorte sind: Hallenbad, Sporthalle Am Hohen Kreuz, Sparkasse, Schule Grünmorsbach und das Bürgerhaus in Dörmorsbach.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden alle Rathausmitarbeiter mit Laptops ausgestattet, um die Möglichkeit der Arbeit im Home-Office zu gewährleisten.

Weiterhin musste teilweise neue Software angeschafft werden, da sich die rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. im Einwohnermeldeamt) geändert haben.

Das vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erstellte Organisationsgutachten für Bauhof und Verwaltung wurde vorgestellt. Nunmehr gilt es die Anregungen umzusetzen.

Für die Feuerwehr wurde ein neues Fahrzeug (MTW) angeschafft. Die Auslieferung des TLF 3000 ist für den Herbst 2021 vorgesehen.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurden in drei Feuerwehrfahrzeugen und einem Bauhof-LKW sog. Abbiegeassistentensysteme eingebaut. Der Einbau wurde vom Bundesamt für den Güterverkehr mit je 1.500€ je Gerät bezuschusst.

Im Schulgebäude wurde die neue Heizungsanlage für die Schule und den Hort fertiggestellt und das Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen.

Für die Schule wurden Laptops als Leihgeräte für die Schüler und als Lehrerdienstgeräte beschafft. Die Lehrerdienstgeräte wurden vom Freistaat Bayern mit einem Betrag von 22.000 € bezuschusst.

Saniert wurde außerdem ein weiterer Pausenhof.

Aufgrund umfangreicher Änderungen bei den Sanierungsarbeiten der Schulsportanlage wurde ein neuer Zuschussantrag bei der Regierung von Unterfranken eingereicht.

Die Arbeiten am Kinderhort sind weitestgehend abgeschlossen worden.

Ein Teil der Schlussrechnungen muss noch geprüft und der Verwendungsnachweis erstellt werden.

Abgerechnet wurden auch die Arbeiten für die Einrichtung der Kinderkrippe „Kleine Entdecker“ in der Straße „Zum Stadion“.

Die Rückübertragung des Geländes des Marienkindergartens wurde vollzogen und eine Machbarkeitsstudie für die Sanierung bzw. einen Um- oder Neubau des Gebäudes in Auftrag gegeben.

Am Spielplatz Morsbachweg wurde mit der Generalsanierung begonnen. Aufgrund des schlechten Wetters konnten die Arbeiten aber nicht wie gewünscht schon beendet werden.

Einen breiten Raum nahmen auch die Diskussionen und die Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz ein. Mittlerweile wurde eine Lösung gefunden und die Arbeiten sind beauftragt.

Zur Überwachung des Wasserleitungsnetzes wurden 80 weitere Datenlogger erworben und installiert.

Die Arbeiten für die Sanierung der Aschaffener Straße wurden ausgeschrieben und vergeben. Mit den Bauarbeiten wurde zwischenzeitlich begonnen.

Für die Baumaßnahmen Am Wingert, Goethestraße, Schweitzalsammler und Würzburger Straße (von Bornäcker bis Sommerackerweg) wurden die Planungsleistungen an die Ing.-Büros vergeben.

Die Planungsleistungen für die Wiesenstraße sollen in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen vergeben werden.

Die Ergebnisse der Ortsnetzberechnungen für die Kanal- und Wasserleitungen wurden in der letzten Gemeinderatssitzung vorgestellt.

Der Ausbau der Ortsverbindungsstraße mit Radweg liegt im Zeitplan und kann voraussichtlich im Herbst größtenteils beendet werden.

Mit dem Ausbau des Einmündungsbereichs im OT Dörmorsbach wurde begonnen.

Die Erstellung eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) wird vom Freistaat Bayern gefördert. Wir haben einen entsprechenden Zuwendungsantrag gestellt und mit Schreiben vom 02.06.2021 eine Förderzusage über 64.500 € erhalten.

Am 24.07.2021 wird nunmehr eine Gemeinderatssitzung mit anschließendem Rundgang stattfinden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bezüglich der Sanierungsarbeiten der Außensportanlagen die fachtechnischen Stellungnahmen positiv ausgefallen sind. Mit der vorzeitigen Baufreigabe und dem Bescheid über die Höhe der Zuwendung wird noch vor der Sommerpause gerechnet.

Zum bisherigen Haushaltsgeschehen ist **Bgm. Andreas Zenglein** der Meinung, dass es für die Gemeinde Haibach recht gut aussieht. Es ist noch abzuwarten, wie sich letztendlich die Einnahmen aus der Einkommensteuerbeteiligung bis zum Jahresende entwickeln werden.

Es besteht eventuell die Notwendigkeit, im Herbst einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Dies hängt u.a. mit dem Beschluss über die Beschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Haibacher

Schulgebäude zusammen. Seitens des Kreistags wurde hierzu bereits ein Beschluss gefasst. Im Gemeinderat sollte man entsprechende Beratungen führen, dass diese Geräte nicht nur in Klassenzimmern, sondern auch für die Kindergärten angeschafft werden. Die Gemeinde muss hier die Vorfinanzierung übernehmen und auf die Auszahlung der Zuschüsse - 1.750 EUR pro Gerät - warten.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, wie es sich mit den Testgeräten im Hanns-Seidel-Gymnasium verhält. Gibt es hier Termine, bei denen sich die Gemeinden informieren können.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass sicher Termine für Gemeindevertreter stattfinden werden.

GR Bernd Oppenrieder bemerkt, dass nach den jetzigen Zahlen die Gemeindekasse einen Überschuss von 428.000 EUR hat. Er möchte wissen, welcher Betrag hieraus nicht budgetiert ist und wieviel davon Arbeiten betreffen, die noch nicht begonnen wurden.

Sind die Investitionen im Zeitplan und wie hoch ist das Minus bei den Ausgaben. Was wird Ende des Jahres sein?

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass z.B. die Sanierung der Außensportanlage in der Verzögerung ist. Die Baufreigabe wird in Kürze erwartet. Es ist geplant, mit den Arbeiten so schnell als möglich in den Ferien zu beginnen, damit dies 2021 noch erledigt werden kann.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert zur Quartalsübersicht, dass im Ergebnishaushalt 63 % der Erträge und 36 % der Aufwendungen bisher abgewickelt wurden. Im Finanzhaushalt ist das Verhältnis 42 % der Einnahmen und 47 % der Ausgaben aus der laufenden Verwaltungstätigkeit.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass jetzt ausgegeben werden soll, was wegen zeitlicher Verzögerung aktuell eingespart wird.

Kämmerer Thomas Wenzel erwidert, dass es sich nicht einschätzen lässt, welche Ausgaben jetzt zusätzlich erledigt werden sollen.

GR Steffen Kruschina entgegnet den Aussagen von GR Bernd Oppenrieder, dass eine Kommune nicht mit einem Wirtschaftsunternehmen vergleichbar ist. Hier gibt es kein Geldproblem. Dieses Problem liegt auf jeden Fall in der Zeit. Die genannten 426.000 EUR bedeuten keinen Überschuss. Hiervon bleiben nach Rücklagen für die Kreisumlage etc. etwa noch 300.000 EUR übrig. Des Weiteren wurden mittlerweile bereits zwei Immobilien gekauft, die ebenfalls bezahlt werden müssen.

GR Jürgen Goldhammer sieht dies ähnlich. Er bestätigt, dass Abrechnungen, z.B. bei Großaufträgen, sehr aufwändig sind. Es werden sog. Aufmaßabrechnungen durchgeführt, die einen hohen Zeitfaktor bis hin zur Bezahlung haben.

Er möchte zudem wissen, ob sich die Gewerbesteuer bezüglich einer Großfirma auswirken wird.

Kämmerer Thomas Wenzel ist der Ansicht, dass diese Insolvenz die Gemeinde nicht betreffen wird. Jedoch besteht immer die Möglichkeit, dass durch Betriebsprüfungen die Steuereinnahmen steigen bzw. Rückzahlungen erforderlich werden.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob eine Neuverschuldung notwendig sein wird.

Kämmerer Thomas Wenzel ist der Ansicht, dass eine Neuverschuldung nicht erforderlich ist. Es können Verschiebungen erfolgen.

Bgm. Andreas Zenglein weist nochmals auf die geplante Anschaffung der Lüftungsgeräte hin. Hier werden sich die Kosten auf ca. 400.000 EUR belaufen und die Gemeinde auch mit etwa 250.000 EUR nach Abzug der Zuschüsse belastet werden. Diese Gelder waren auch nicht im aktuellen Haushalt vorgesehen.

4. Festsetzung von Friedhofsgebühren

Sachverhalt:

Im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde angeregt, eine Anpassung der Friedhofsgebühren vorzunehmen.

Wir hatten dieses Thema deshalb bereits mehrfach auf den Tagesordnungen des Finanzausschusses bzw. des Gemeinderates (zuletzt am 10.03.2021).

Auch im Rechnungsprüfungsausschuss wurde die Kalkulation der Gebühren eingehend erörtert. Letztendlich wurden folgende Gebühren vorgeschlagen:

| Grabart | Gebühr derzeit | Gebühr neu |
|------------------|-------------------|---------------|
| Urnengrab | 30,00 € | 60,00 € |
| Baumgrab | 50,00 € | 60,00 € |
| Urnenkammer | 60,00 € | 75,00 € |
| Einzelgrab | 30,00 € | 45,00 € |
| Doppelreihengrab | 60,00 € | 75,00 € |
| Familiengrab | 85,00 € | 100,00 € |
| Wahlgrab | 98,00 € | 115,00 € |

Es wäre nunmehr zu beschließen, ob eine Anpassung der Grabgebühren erfolgen soll oder nicht, da auch die Rechtsaufsichtsbehörde auf eine abschließende Stellungnahme der Gemeinde wartet.

Kämmerer Thomas Wenzel führt aus, dass die aktuelle Deckungsrate bei den Friedhofsgebühren bei etwa 40 % liegt. Da es sich um eine kostendeckende Einrichtung der Kommune handelt, sollte, so die Vorgabe des Prüfungsverbandes, die Deckung bei ca. 70 % liegen.

Wenn das Landratsamt mit einer 50-55%-igen Deckung einverstanden ist, sieht er keine Probleme.

Die Anpassung ist notwendig, da bei eventuell erforderlichen Krediten zuerst die kostendeckenden Einrichtungen der Kommunen geprüft werden. Sollte die Deckungsrate nicht den Vorgaben des Prüfungsverbandes bzw. des Landratsamtes entsprechen, dann kann eine Ablehnung einer Kreditaufnahme erfolgen.

GR Jürgen Goldhammer, Vorsitzender des örtlichen Rechnungsprüfungsausschusses, informiert, dass sich die Kollegen des RPA mit der Forderung des Rechnungsprüfungsverbandes auseinandergesetzt hat. Hier wird eine 70 %ige Deckung der Friedhofsgebühren vorgeschlagen.

Je nach Größe der Friedhöfe entstehen auch unterschiedliche Aufwendungen für die anfallenden Pflegearbeiten. So wird der Waldfriedhof mit 128.000 EUR, der Dorffriedhof Haibach mit 60.000 EUR, der Friedhof Dörmorsbach mit 40.000 EUR und der Friedhof Dörmorsbach mit 15.000 EUR hierfür belastet. Eine unterschiedliche Kostenfestlegung ist nicht möglich, da das Friedhofswesen als eine Einrichtung zählt.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Gebühren hat man sich im RPA nicht leicht gemacht, aber, man ist sich hier der Verantwortung bewusst.

GR Andrea Stürmer möchte wissen, über welche prozentuale Erhöhung geredet wird.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass der Vorschlag des RPA eine Kostendeckung von ca. 50 % vorsieht.

GR Bernd Oppenrieder sieht diese Kostenerhöhung als nicht in Ordnung an. Die Kosten werden nur von „denen getragen“, die den Friedhof belegen.

GR Carola Heeg erwidert, dass niemand davon gesprochen hat, dass 100 % erhöht werden.

GR Bernd Oppenrieder ist der Meinung, dass zuerst geprüft werden sollte, welche Kosten hier mit eingerechnet werden. Er sieht bei dieser Kalkulation eine Art Willkür. Des Weiteren ist er unangenehm überrascht, wie viele Gräber mittlerweile aufgelassen werden. Dies liegt nach seiner Meinung auch an den hohen Gebühren. Nach seiner Ansicht sind Friedhöfe Kultureinrichtungen, für die keine fragwürdigen Rechnungen über Nutzungsdauern gestellt werden sollten. Dies sieht er grundsätzlich als nicht gerechtfertigt.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt nochmals die Aussage des Kämmerers Thomas Wenzel, dass es sich hier um eine kostenrechnende Einrichtung der Kommune handelt. Entsprechend muss gehandelt werden. Es kann jeder seine Meinung hierzu entsprechend äußern. Eine Satzungsänderung wird durch den Gemeinderat beschlossen.

GR Steffen Kruschina bedankt sich für die Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes. Er ist der Meinung, dass durch die Friedhofsgebühren keine Lenkungswirkung bzgl. der aufgelassenen Gräber entsteht. Dies hängt sicher nicht mit den Gebühren zusammen. Jede Familie trifft eine individuelle Entscheidung wie der/die Verstorbene beerdigt wird. Er kann nachvollziehen, dass noch Diskussionsbedarf besteht und schlägt vor, dass sich die Fraktionen hierzu nochmals beraten sollten.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Meinung, dass Gräber nicht wegen der Gebühren aufgelassen werden, denn die Friedhofskultur hat sich im Laufe der Jahre geändert.

GR Jürgen Goldhammer stellt nochmals fest, dass sich der RPA die Entscheidung nicht leicht gemacht hat. Es wurden alle vorliegenden Kosten überprüft. Zum Beispiel sollten ein Urnengrab und ein Baumgrab den gleichen Preis haben. Es wurde eine wirtschaftliche Berechnung durchgeführt, die ohne Einfluss von Emotionen erfolgte. Jedoch muss eine Entscheidung hierzu getroffen werden.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass die Friedhöfe zu den kostenrechnenden Einrichtungen zählen und deshalb grundsätzlich eine Kostendeckung anzustreben sei. Bei den Friedhöfen wird von der Rechtsaufsicht allerdings keine 100%-ige Kostendeckung verlangt, da hier auch eine gewisse Funktion als öffentliche Grünanlage bestehen kann.

Grundlage der Kalkulation sind die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansetzbaren Kosten (Art. 8 Abs. 3 KAG), also insbesondere kalkulatorische Kosten, Personal-, Sach- und Unterhaltungskosten.

Die Kalkulation der einzelnen Grabgebühren erfolgt im Rahmen einer Äquivalenz-ziffernkalkulation.

Bgm. Andreas Zenglein schließt sich dem Vorschlag von GR Steffen Kruschina an, dass die Fraktionen nochmals in die Beratungen gehen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden müssen.

GR Dietmar Kempf-Blatt schlägt vor, dass die Gemeinde einen Friedwald ausweisen sollte. Diese Einrichtungen sind nach seiner Kenntnis kostendeckend.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass hier jedoch auch Kosten anfallen werden.

Zum Schluss der Diskussion besteht Einverständnis über folgendes Vorgehen:

- Beratung in den Fraktionen
- Wiedervorlage in der Sitzung des HFA im Herbst
- Beschlussfassung zur Satzungsänderung anschließend im Gemeinderat

5. Allgemeines

Anfragen aus dem Gremium:

5.1. Wiedereröffnung Hallenbad

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, wann das Hallenbad wieder geöffnet werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass vorgesehen ist, dies nach den Sommerferien wieder in Betrieb zu nehmen. Aktuell konnte aufgrund der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen mit den entsprechenden Desinfektionsarbeiten keine Öffnung erfolgen.

5.2. Bewuchs Grundstück Ringwallstraße/Ecke Schwalbengrube

GR Jürgen Goldhammer informiert über den starken Bewuchs seitens des Grundstücks auf dem Gehweg. Hier sollte der /die Eigentümer nochmals bzgl. des Rückschnittes angeschrieben werden.

GR Bodo Leiblein ergänzt die Ausführungen, in dem erneuten Schreiben sollte die Ersatz-vornahme angedroht werden.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **20.10.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 20. Oktober 2021

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

| Sitzungsteilnehmer | Funktion | Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung |
|--------------------|----------|--|
|--------------------|----------|--|

Anwesend:

| | | |
|---------------------|--------------------|--|
| Andreas Zenglein | 1. Bürgermeister | |
| Jürgen Großmann | 2. Bürgermeister | |
| Ilse Spielmann | 3. Bürgermeisterin | |
| Ingo Adams | Gemeinderat | |
| Jürgen Goldhammer | Gemeinderat | |
| Carola Heeg | Gemeinderätin | |
| Dietmar Kempf-Blatt | Gemeinderat | |
| Beate Konrad | Gemeinderätin | |
| Steffen Kruschina | Gemeinderat | |
| Andrea Stürmer | Gemeinderätin | |

Abwesend:

| | | |
|----------------------|-------------|--|
| Bernhard Oppenrieder | Gemeinderat | |
|----------------------|-------------|--|

| Schriftführer | | |
|----------------|--|--|
| Reiling Silvia | | |

| Verwaltung | | |
|------------------|--|--|
| Monika Heuberger | | |
| Michael Müller | | |
| Martin Volk | | |
| Thomas Wenzel | | |

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

| | |
|-----------|---|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung |
| 2. | Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 21.07.2021 |
| 3. | Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2022 |
| 4. | Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2022 |
| 5. | Festsetzung der Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstiger Abgaben für das Haushaltsjahr 2022 |
| 6. | Allgemeines |

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GR Bernd Oppenrieder ist für die heutige Sitzung entschuldig, somit sind 10 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 21.07.2021

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.07.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2022**Sachverhalt:**

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert:

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2020 belaufen sich auf 1.022.530,97 € und die Aufwendungen auf 961.782,28 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2020 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 60.748,69€, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2022 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlagen der Stadt Aschaffenburg um ca. 77.600 € und die des Abwasserverbandes Aschafftal um ca. 15.000 € niedriger ausgefallen sind als ursprünglich geplant.

Für das Jahr 2022 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von 918.626 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 365.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,52 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2021 (2,87 €/m³) bedeutet dies eine Minderung der Gebühr um 0,35 €/m³

Im Verlauf der Diskussion weist **Kämmerer Thomas Wenzel** darauf hin, dass verschiedene geplante Maßnahmen der Stadt Aschaffenburg in diesem Jahr nicht ausgeführt wurden, daher hat sich die Betriebskostenumlage dort verringert. Ähnliches ergab sich beim Abwasserverband der Aschafftalgemeinden. Diese Überdeckung und muss entsprechend berücksichtigt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt hierzu, dass diese Kosten sicher im nächsten Jahr anstehen werden und dann berücksichtigt werden müssen.

Beschluss

Die Kanalgebühren für das Jahr 2022 werden auf 2,52 €/m³ festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 0

4. Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2022**Sachverhalt:**

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert:

1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2020

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2020 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2020 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 994.049,49 €, während sich die Aufwendungen auf 1.036.480,61 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Unterdeckung von 42.431,12 €, welche in das Jahr 2022 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 470.342 m³ (Vorjahr: 462.920 m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert.

Verkauft wurden jedoch nur 401.393 m³ (Vorjahr: 389.461 m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 68.949 m³ (Vorjahr: 73.459 m³) oder 14,66 % (Vorjahr: 15,87%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 632 m³ (Vorjahr: 11m³) bzw. 3,41 % (Vorjahr: 0,06 %), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 68.317 m³ (Vorjahr: 73.448 m³) bzw. 15,12 % (Vorjahr: 16,51 %) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2022

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2022 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 1.102.809 € zu rechnen.

Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 965.600 €.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 385.000 m³ (Mittelwert der letzten 5 Jahre) errechnet sich ein Wasserpreis von 2,51 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Gegenüber dem Jahr 2021 bedeutet dies eine Erhöhung um 0,12 € (Wasserpreis bisher 2,39 €).

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass bei den Wasserverlusten ein großer Wasserrohrbruch in Dörmorsbach aufgetreten ist.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass sich trotz der Erhöhung der Wassergebühren insgesamt ein kleines Plus für die BürgerInnen ergibt.

Beschluss

Die Wassergebühren für das Jahr 2022 werden auf 2,51€ / m³ festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 0

5. Festsetzung der Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstiger Abgaben für das Haushaltsjahr 2022

Sachverhalt:

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert den Sachverhalt:

Grundlage für die Berechnung der Umlagekraft 2022 sind die Steuereinnahmen des Jahres 2020.

Die Umlagekraft der Gemeinde ist von 8.635.045 € im Jahr 2021 auf 9.990.244 € (Mehrunge: 1.355.199 €) gestiegen.

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020. Diese beliefen sich im Jahr 2019 auf ca. 600.000 € und erhöhten sich im Jahr 2020 auf ca. 1.460.000 €.

Weiterhin sind die Schlüsselzuweisungen von ca. 1.507.700 € auf 2.296.700 € angestiegen.

Der Hebesatz der Kreisumlage beläuft sich derzeit auf 40,5%.

Daraus errechnet sich eine Kreisumlage von ca. 4.046.000 € (Vorjahr: ca. 3.497.200 €). Dies bedeutet eine Mehrunge um ca. 548.800 €.

Im Jahr 2021 betrug die Schlüsselzuweisung ca. 2.296.700 €. Aufgrund der höheren Umlagekraftkraft wird im Jahr 2022 wohl eine niedrigere

Schlüsselzuweisung zu erwarten sein (- 300.000 € bis 350.000 €).

Das Ergebnis 2021 bei den Gewerbesteuereinnahmen dürfte sich, soweit derzeit absehbar, auf ca. 1.700.000 € belaufen. Gegenüber dem Haushaltsansatz ist dies ein Plus von ca. 600.000 €. Im Jahr 2022 ist wohl mit einem Betrag von ca. 1.400.000 € zu rechnen. Die Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch von einigen wenigen Firmen im Ort abhängig. Sollten sich bei diesen Steuerpflichtigen Änderungen hinsichtlich des Gewinns oder der Firmenstruktur ergeben, würde sich dies sehr schnell negativ auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirken.

Aufgrund der derzeitigen Prognosen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums verbunden mit der Corona-Krise ist die Entwicklung der Einkommensteuerbeteiligung recht ungewiss. Derzeit belaufen sich die Einnahmen auf ca. 4.699.300 € (Haushaltsansatz 6.250.000 €), wobei die Zahlung für das 4. Quartal noch aussteht.

Im Einzelnen stehen folgende Steuern, Abgaben und Gebühren zur Diskussion.

1. Realsteuern

| Steuerart | Hebesatz | Durchschnitt Land 2020 | Durchschnitt Kreis 01.01.2020 | Letzte Erhöhung | Haushaltsansatz 2021 |
|------------|-----------|---------------------------|-------------------------------------|--------------------|-------------------------|
| Grundst. A | 310 v. H. | 342,8 v. H. | 318,91 v. H. | 01.01.16 | 3.200 € |
| Grundst. B | 310 v. H. | 338,2 v. H. | 324,84 v. H. | 01.01.16 | 850.000 € |
| GewSt. | 320 v. H. | 318,1 v. H. | 348,44 v. H. | 01.01.95 | 1.100.000 € |

Die Hebesätze liegen noch unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Landkreis-Gemeinden.

Im Hinblick auf den Wegfall der **Straßen-
ausbaubeiträge** rücken die Einnahmen aus den Realsteuern mehr in den Blickpunkt.

Erhöhungen werden wohl nicht zu vermeiden sein, da weiterhin Sanierungen von Straßen notwendig sind.

Eine Anhebung des Hebesatzes von derzeit 310 v. H auf 320 v. H. ergibt eine reale Erhöhung um 3,23%.

Für die Gemeinde ergeben sich folgende Mehreinnahmen:

| Hebesatz | | | | |
|-------------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| 310 v. H. | 320 v. H. | 330 v. H. | 340 v. H. | 350 v. H. |
| Steigerung | 3,23% | 6,45% | 9,68% | 12,90% |
| 850.000,00 € | 877.455,00 € | 904.825,00 € | 932.280,00 € | 959.650,00 € |

Für die Steuerpflichtigen ergeben sich folgende Auswirkungen:

| Hebesatz | | | | |
|-------------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| 310 v. H. | 320 v. H. | 330 v. H. | 340 v. H. | 350 v. H. |
| Steigerung | 3,23% | 6,45% | 9,68% | 12,90% |
| 100,00 € | 103,23 € | 106,45 € | 109,68 € | 112,90 € |
| 200,00 € | 206,46 € | 212,90 € | 219,36 € | 225,80 € |
| 300,00 € | 309,69 € | 319,35 € | 329,04 € | 338,70 € |
| 400,00 € | 412,92 € | 425,80 € | 438,72 € | 451,60 € |
| 500,00 € | 516,15 € | 532,25 € | 548,40 € | 564,50 € |

2. Bestattungsgebühren

Im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde angeregt, eine Anpassung der Friedhofsgebühren vorzunehmen.

Wir hatten dieses Thema deshalb bereits mehrfach auf den Tagesordnungen des Finanzausschusses bzw. des Gemeinderates (zuletzt am 21.07.2021).

Auch im Rechnungsprüfungsausschuss wurde die Kalkulation der Gebühren eingehend erörtert.

Letztendlich wurden folgende Gebühren vorgeschlagen:

| Grabart | Gebühr derzeit | Gebühr neu |
|------------------|-------------------|---------------|
| Urnengrab | 30,00 € | 60,00 € |
| Baumgrab | 50,00 € | 60,00 € |
| Urnenkammer | 60,00 € | 75,00 € |
| Einzelgrab | 30,00 € | 45,00 € |
| Doppelreihengrab | 60,00 € | 75,00 € |
| Familiengrab | 85,00 € | 100,00 € |
| Wahlgrab | 98,00 € | 115,00 € |

Es wäre nunmehr zu beschließen, ob eine Anpassung der Grabgebühren erfolgen soll oder nicht, da auch die Rechtsaufsichtsbehörde auf eine abschließende Stellungnahme der Gemeinde wartet.

3. Gebühren für die Sporthallen

Die beiden Sporthallen und das Stadion an der Kultur- und Sporthalle weisen enorme Defizite auf.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Zahlen (Jahresabschluss 2020):

| | Erträge | Aufwendungen | Defizit |
|---------------------------------|-------------|--------------|--------------|
| Stadion | 379,50 € | 57.949,96 € | 57.570,46 € |
| Kunstrasenplatz | 4.777,37 € | 40.434,77 € | 35.657,40 € |
| Kultur- und Sporthalle *) | 94.770,93 € | 558.812,51 € | 464.041,58 € |
| Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ **) | 23.443,41 € | 194.101,75 € | 170.658,34 € |

*) inklusive der Pacht für die Gaststätte

**) inklusive Einnahmen aus der Benutzung der Halle durch die Schule i. H. v. 4.018,24 €

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.04.2017.

| | | |
|---|----------------------|--|
| a) sportliche Nutzung und Sportveranstaltungen ohne Eintritt | Seit 01.04.17 | |
| 1/3 Halle | 8,25 € | |
| 2/3 Halle | 16,50 € | |
| ganze Halle | 24,75 € | |
| | | |
| b) Sportveranstaltungen mit Eintritt | | |
| 1/3 Halle | 24,20 € | |
| 2/3 Halle | 48,40 € | |
| ganze Halle | 72,60 € | |
| Diese Gebühren gelten als Mindestgebühren. Damit werden zwei Stunden abgegolten. Für jede weitere Stunde ist die Hälfte der vorgenannten Gebühren zu verrechnen. | | |
| Konferenzräume | 173,25 € | |
| | | |
| Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung mit Barbetrieb | | |
| Örtliche Veranstalter (täglich) | | |
| 1/3 Halle | 380,00 € | |
| 2/3 Halle | 680,00 € | |
| ganze Halle | 860,00 € | |
| | | |
| Auswärtige Veranstalter | | |
| 1/3 Halle | 510,00 € | |
| 2/3 Halle | 810,00 € | |
| ganze Halle | 1.020,00 € | |
| | | |
| Barbetrieb im Foyer oder Garderobenraum | 88,00 € | |
| | | |
| Reinigungsarbeiten je Stunde | 50,00 € | |
| | | |
| Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung ohne Barbetrieb | | |
| Örtliche Veranstalter | | |
| 1/3 Halle | 190,00 € | |
| 2/3 Halle | 340,00 € | |
| ganze Halle | 430,00 € | |
| Für Großveranstaltungen und Veranstaltungen auswärtiger Vereine und Gruppen sind Sonderregelungen vorbehalten. | | |

| | | |
|---|----------|--|
| | | |
| Stadionspielfeld | | |
| Veranstaltungen ohne Eintritt | | |
| Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.) | 31,90 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 12,10 € | |
| | | |
| Veranstaltungen mit Eintritt | | |
| Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.) | 63,80 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 24,20 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Veranstaltungen ohne Eintritt | | |
| Auswärtige Vereine (2 Std.) | 63,80 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 24,20 € | |
| Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.) | 31,90 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 12,10 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Veranstaltungen mit Eintritt | | |
| Auswärtige Vereine (2 Std.) | 127,60 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 48,40 € | |
| Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.) | 63,80 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 24,20 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Kunstrasenplatz | | |
| Veranstaltungen ohne Eintritt | | |
| Haibacher Vereine Aktive Mannschaften | 16,50 € | |
| | | |
| Veranstaltungen mit Eintritt | | |
| Haibacher Vereine Aktive Mannschaften | 33,00 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Veranstaltungen ohne Eintritt | | |

| | | |
|---|----------|--|
| Auswärtige Vereine erste Stunde | 50,00 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 33,00 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| Veranstaltungen mit Eintritt | | |
| Auswärtige Vereine erste Stunde | 100,00 € | |
| Je angefangene weitere Stunde | 66,00 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Flutlichtanlage je Stunde | 8,25 € | |
| | | |
| Leichtathletikanlage | | |
| Für Vereine monatlich | 8,80 € | |
| Für Einzelpersonen monatlich | 4,95 € | |
| | | |
| Kegelbahn | | |
| Freizeitkegeln | 8,80 € | |
| Kegelgruppen | 8,25 € | |
| TV Haibach (Abt. Kegeln) | 5,50 € | |
| | | |
| Schulsportanlage | | |
| Ortsvereine je Stunde | 10,50 € | |
| Auswärtige je Stunde | 17,50 € | |
| In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten. | | |
| | | |
| Beach-Volley-Ball-Platz | | |
| Ortsvereine mit Vertrag (2 Stunden) | 18,70 € | |
| Jede weitere Stunde | 8,25 € | |
| Freie Benutzung (Privatleute ohne Vertrag) | 29,15 € | |
| Je weitere Stunde | 11,55 € | |
| Ganzer Tag | 92,40 € | |
| Für auswärtige Vereine und Gruppen erhöht sich die Gebühr um 50% | | |

5. Benutzung Jugendhaus

Im Jahr 2020 betrugen die Erträge 966,10 € und die Aufwendungen 13.458,94 €. Daraus errechnet sich ein Defizit in Höhe von 12.492,84 €.

Die Benutzungsgebühr beträgt derzeit je Tag 114,40 € für Gemeindebürger und 228,80 € für Auswärtige. Die Benutzung durch die Jugend und Vereine für Proben ist kostenfrei.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.04.2017.

6. Bürgerhaus Dörmorsbach

Im Jahr 2020 beliefen sich die Erträge auf 2.591,25 € und die Aufwendungen auf 27.986,25 €. Das Defizit beträgt somit 25.395,00 €.

In den Erträgen ist eine Versicherungsleistung in Höhe von 1.384,00€ für einen Haftpflichtschaden enthalten.

Die Gebühren betragen derzeit:

| | Großer Saal | Kleiner Saal | Gesamt |
|-------------------------------------|--------------------|---------------------|---------------|
| Tanzveranstaltungen | 363,00 € | 123,20 € | 486,20 € |
| Sonstige Veranstaltungen | 253,00 € | 132,00 € | 385,00 € |
| Nutzung durch Turngruppen je Stunde | 8,25 € | 5,50 € | |

7. Hundesteuer

Die Hundesteuer beträgt derzeit 50,00 € je Hund und 600,00 € für Kampfhunde.

Die letzte Erhöhung erfolgte zum 01.01.2002.

Das Aufkommen beläuft sich auf ca. 22.500 €.

8. Hallenbad

Die Erträge des Hallenbades belaufen sich auf 61.805,47 € und die Aufwendungen auf 220.883,37 €. Somit ergibt sich ein Defizit von 159.077,90 €.

Derzeit werden folgende Eintrittsgelder erhoben:

| | | |
|------------------------------|-------------|---------|
| Erwachsene: | Einzelkarte | 2,80 € |
| | Zehnerkarte | 22,00 € |
| | Jahreskarte | 82,50 € |
| Familien | Einzelkarte | 5,50 € |
| Jugendliche / Kinder | Einzelkarte | 1,10 € |
| | Zehnerkarte | 8,80 € |
| | Jahreskarte | 33,00 € |
| Rentner / Arbeitslose | Einzelkarte | 1,70 € |
| | Zehnerkarte | 13,20 € |
| | Jahreskarte | 49,50 € |
| Gruppenschwimmen | | |

| | | |
|---|-----------------|--------------|
| TV Haibach | Ausdauersport | 38,50 €/Std. |
| Corina Kroth | Wassergymnastik | 49,50 €/Std. |
| Schule Bessenbach und Dr. Albert-Liebmann-Schule | Schulsport | 49,50 €/Std. |

Bgm. Andreas Zenglein teilt zu den vorgeschlagenen Gebühren mit, dass sich die Fraktionen zuerst diesbezüglich beraten sollten und es wird um entsprechende Rückmeldungen gebeten.

GR Ingo Adams möchte wissen, welche Einnahmen durch den Wegfall der Straßenausbausatzung fehlen.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert, dass dies auf die Kategorie der Straße ankommt. Bei der Aschaffener Straße z. B. fällt eine Kostenbeteiligung der Anlieger in Höhe von ca. 50 % weg. Bei Straßen in einem Wohngebiet sind dies jedoch 80 % der Straßenbaukosten. Der Ausfallbetrag aus der Entschädigung durch den Freistaat deckt diese Ausfälle nicht ab. Dies kann nur durch Einnahmen von Gebühren eingenommen werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, in der Aschaffener Straße sind es ca. 300.000 EUR, die von den Anliegern zu zahlen wären. Jetzt muss die Gemeinde diese Kosten übernehmen und es bleibt ein 6-stelliger Betrag bei uns hängen.

Die **Gewerbesteuer** zum Beispiel wurde seit ca. 26 Jahren nicht erhöht, auch bei der **Grundsteuer** liegen wir weit unter den Werten des Landkreises.

Heute sollte keine Entscheidung hierzu getroffen werden. Die Diskussionen sollten in den Fraktionen geführt werden. Die Entscheidung hierzu muss vom Gemeinderat getragen werden.

Die **Bestattungsgebühren** wurden im Sommer schon einmal diskutiert. Der Kommunale Prüfungsverband hat dies schon mehrfach angemahnt und dies muss daher ebenfalls in den Fraktionen beraten werden.

Die **Hallengebühren** gehen zu Lasten der Corona Pandemie. Es wären zwar keine allzu großen Einnahmen gewesen, jedoch wären sie sicherlich ohne Pandemie etwas besser. Die Einnahmen des 1. Halbjahres fehlen komplett.

Ebenso können die überwiegenden Nutzer der Hallen, die Vereine coronabedingt, auch im kommenden Jahr nicht überbelastet werden. Hier sind auch die Beratungen in den Fraktionen erforderlich.

GR Steffen Kruschina schlägt vor, dass die „normalen“ Einnahmen für Hallengebühren aus dem

Jahr 2019 vorgelegt werden sollten, damit ein Vergleich möglich ist.

Die hohen Defizite im **Jugendhaus und Bürgerhaus** haben sich ebenfalls aus der Pandemie ergeben.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob sich die Schließungen auch auf die Energiekosten ausgewirkt haben.

Hierzu antwortet **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass die Einsparungen gering waren, weil z.B. die Heizungen weiterlaufen mussten.

Zum Punkt **Hundesteuer** bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass wir mit 50 € im Landkreis im vorderen Mittelfeld liegen. Mit der Hundesteuer für Kampfhunde mit 600 € ist die Gemeinde Haibach nicht an vorderster Stelle. Es gibt Gemeinden mit weit mehr als 1.000 €. Aktuell sind in Haibach 8 Kampfhunde gemeldet. Wegen der Hundesteuer für Kampfhunde wurden bereits Rechtsanwälte eingeschaltet. Die Kommunalaufsicht ist hier um Klärung bemüht.

Von den 8 gemeldeten Kampfhunden liegt für einen eine schriftliche Bestätigung vor, dass es sich nicht um einen Kampfhund handelt. Alle Hundebesitzer haben die entsprechende Steuer gezahlt, 6 Widersprüche wurden zurückgenommen. Ein Widerspruch wurde an die Kommunalaufsicht weitergeleitet. Von dort wurden der Gemeinde in allen Punkten recht gegeben. Dieser Widerspruch liegt derzeit dem Bayerischen Verwaltungsgericht zur Entscheidung vor. Die Steuern wurden aktuell gezahlt.

GR Ingo Adams erklärt, dass er überrascht ist über die Situation, dass das Verfahren und die Form korrekt waren. Er wundert sich, dass alle Widersprüche, bis auf einen, zurückgenommen wurden. Er ist verärgert darüber, dass der Bestandschutz nicht möglich sein soll. Er ist weiterhin der Meinung, dass dies behandelt werden kann und findet es diesbezüglich schade, dass keine Widersprüche mehr vorliegen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass er hierzu die schriftliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht mitteilen kann.

GR Ingo Adams ist der Meinung, dass der Bestandsschutz nicht eindeutig geklärt ist. Er stellt fest, dass sich die Fraktion der FWG darüber

geärgert hat, dass die Abstimmung über den Bestandsschutz nicht erfolgte.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass es keine Rechtssicherheit für den Bestandsschutz gibt. Der letzte Bescheid hierzu kam Ende September.

Zum Punkt **Hallenbad** erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass sich hier das Defizit gegenüber letztem Jahr etwas verringert hat.

Kämmerer Thomas Wenzel ergänzt, dass durch die Nutzung anderer Schulen sich die Einnahmen erhöht haben.

Es besteht Einverständnis, dass die Fraktionen interne Beratungen zu den vorgetragenen Sachverhalten führen.

6. Allgemeines

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

6.1. Luftreinigungsgeräte Änderung der Förderrichtlinien

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass Ende letzter Woche neue Förderrichtlinien für Luftreinigungsgeräte erlassen wurden.

Die Förderung beträgt nun 100 % für die Geräte, jedoch muss der Luftaustausch 5 -fach oder mehr gewährleistet sein. Pro Raum wird für die Installation der Geräte ein Betrag in Höhe von 200 EUR sowie die Wartungskosten für die Dauer von 3 Jahren gewährt.

Hierzu hat 2. Bgm. Jürgen Großmann die von ihm erstellte Tabelle aktualisiert und bereits an die Fraktionen weitergeleitet.

Das Gebot der Wirtschaftlichkeit macht es erforderlich, dass die hierzu bereits gefassten Beschlüsse „eingefroren“ werden müssen.

2. Bgm. Jürgen Großmann erklärt, dass nach seiner Kalkulation bei Geräten mit 5-fachem Wechsel die Gemeinde Haibach nur noch ca. 100.000 EUR aus Eigenmitteln zu leisten ist. Es müssen neue

Gerätetypen mit aufgenommen werden. Die Änderung der Förderung betrifft nur die Schulen.

GR Steffen Kruschina freut sich über die guten Neuigkeiten. Es sollte keine Zeit verloren werden. Muss dies nochmals im Gemeinderat beraten werden? Das Ergebnis wird wohl das Gleiche sein.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass für die neuen Gerätetypen entsprechend auch ein neuer Beschluss notwendig ist.

2. Bgm. Jürgen Großmann weist darauf hin, dass nur Geräte mit 2-fachem Luftwechsel beschlossen wurden. Dies muss angepasst werden.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass dies so schnell als möglich umgesetzt werden soll.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Richtlinien eingehalten werden müssen, damit auch die Zuschüsse beantragt und ausgezahlt werden können. In der Sondersitzung am 03.11.2021 oder der Sitzung am 10.11. kann der neue Sachverhalt dargelegt werden und eine entsprechende Beschlussfassung erfolgen.

Weitere Anmerkungen erfolgen nicht.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **16.02.2022** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte